

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Alkohol bei Jugendlichen – koordinierte und rasche Hilfe ist nötiger denn je

GR. Univ.-Prof. Dr. **Hammer** stellt namens von ÖVP und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hammer**: Sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, werte Mitglieder der Regierungsbank, so Sie anwesend sind. Seit einigen Wochen wird in Graz wieder sehr intensiv über das Thema Jugend und Alkohol berichtet und diskutiert. Durch die zahlreichen Fälle von Alkoholmissbrauch von Kindern und Jugendlichen sowie die aktuelle mediale Berichterstattung ergibt sich eine besondere Dynamik, die an ähnliche dynamische öffentliche Diskussionen, wie zum Beispiel die Feinstaubdiskussion der vergangenen Jahre, erinnert.

Bereits in der Gemeinderatssitzung am 14. April 2005 hat der Grazer Gemeinderat das städtische Gesundheitsamt und das Jugendamt mit einer Optimierung und Koordinierung der Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs beauftragt sowie die zuständigen Stellen von Land und Bund ersucht, Maßnahmen zu setzen, welche die Abgabe von Alkohol an Jugendliche verschärft, insbesondere auch Werbestrategien einzudämmen, welche die verbilligte Abgabe von alkoholischen Getränken an Jugendliche inkludiert.

Die in der Beantwortung meines Antrags vom April 2005 angeführten Maßnahmen haben, wie der aktuellen Berichterstattung in den Medien zu entnehmen ist, nicht gefruchtet – die Problematik ist unverändert. Nach wie vor werden laut Prof. Müller, Vorstand der Kinderklinik, jährlich etwa 140 Kinder ab dem 11. Lebensjahr mit Alkoholvergiftung in die Kinderklinik eingeliefert.

Die Grazerinnen und Grazer fordern daher aus gutem Grund eine konsequente Auseinandersetzung mit diesem Problem, das viele Hintergründe und Ursachen hat, welche ihrerseits in unterschiedlichsten Lösungsansätzen und Handlungsbedarf resultieren. Eine diesbezügliche Schwerpunktsetzung hat unverzüglich zu beginnen, und muss sicherlich über diese Gemeinderatsperiode hinaus wirksam bleiben.

Wir trauen dem Grazer Gemeinderat Lösungskompetenz in dieser Frage zu. Ein Beispiel für die Lösungskompetenz des Grazer Gemeinderats ist die konsequente, sorgfältige und umfassende Bearbeitung des Feinstaubproblems, deren Resultate in großem Umfang in die Tätigkeit der verschiedenen Grazer Ämter beziehungsweise in die spätere Landesverordnung eingegangen sind.

Eine umfassende und der Tagespolitik entrückte Erarbeitung der Ursachen und Folgen sowie der Maßnahmen zur Eindämmung des Gebrauchs und Missbrauchs von Alkohol durch Jugendliche sollte in Ruhe, Konsequenz und Sorgfalt, in einem dafür zuständigen Gemeinderatsausschuss unter Beiziehung aller von den Ursachen und Folgen des Missbrauch betroffenen städtischen Ämter sowie externer Experten erfolgen und in einem konkreten Programm mit Auflistung der Handlungsnotwendigkeiten sowie einer laufenden Kontrolle der Umsetzung dieser Maßnahmen resultieren.

Ich stelle daher namens der im Gemeinderat vertretenen Parteien von ÖVP sowie der FPÖ den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen:

- Der Ausschuss für Familie, Kinder, Jugendliche und Frauen wird beauftragt, in Kooperation mit den betroffenen Magistratsabteilungen wie Jugend und Familie, Gesundheit, Wirtschaft und Gewerberecht und den Mitgliedern des bestehenden Jugendschutz-Jour-Fixe in Entsprechung des Motivenberichtes ehebaldigst einen Bericht zu den Hintergründen und Handlungsstrategien zur Eindämmung des Alkoholgebrauchs und Missbrauchs bei Kindern und Jugendlichen zu erarbeiten und dem Grazer Gemeinderat vorzulegen.
- Die Vorgangsweise soll möglichst rasch im gemeinderätlichen Ausschuss für Familie, Kinder, Jugendliche und Frauen festgelegt werden. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Perissutti** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren! Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion stimmt dem vorliegenden Antrag der Dringlichkeit zu und ich darf gleich jetzt einen Abänderungsantrag einbringen.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Perissutti**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich darf folgenden Abänderungsantrag zum Dringlichen vom Herrn Gemeinderat Prof. Hammer einbringen. Seit einigen Wochen wird in Graz sehr intensiv über das Thema Jugend und Alkohol berichtet und diskutiert. Durch die zahlreichen Fälle von Alkoholmissbrauch von Kindern und Jugendlichen sowie die aktuelle mediale Berichterstattung ergibt sich eine besondere Dynamik, die an ähnliche dynamische öffentliche Diskussionen, wie zum Beispiel die Feinstaubdiskussion der vergangenen Jahre, erinnert.

Tatsache ist, dass das Amt für Jugend und Familie – unter anderem auch in enger Kooperation mit dem Gesundheitsamt – bereits seit längerem intensive Maßnahmen setzt.

Unter anderem

- vernetzt das Jugendamt, unterstützt durch das Gesundheitsamt, alle mit diesem Fragenkomplex befassten KooperationspartnerInnen, die wären: Polizei, LKH–Kinderklinik, Wirtschaftskammer, Elternvereine, Kinder- und Jugendanwalt, Bau- und Anlagenbehörde, BürgerInnenamt, Suchtkoordinator der Stadt usw., in einem eigenen Jugendschutz-Jour-Fixe.
- Es führt zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit, Informations- und Aufklärungsarbeit für Jugendliche, Eltern, LehrerInnen, Gastgewerbe-Betriebe, Tabaktrafiken, etc. durch;
- das Jugendamt klärt Kinder und Jugendliche über Gefährdungssituationen auf und leitet sie zu einem verantwortungsvollen Umgang an;
- es berät und unterstützt Eltern und Erziehungsberechtigte sowie Fachkräfte in der Arbeit mit Jugendlichen wie auch Schulen,

- es bietet Schulungen zum Thema Jugendschutz im Rahmen der Lehrlingsausbildung an;
- es nimmt an polizeiinternen Schulungen zu Jugendschutzfragen teil,
- das Jugendamt arbeitet in einer erweiterten Kooperation mit dem LKH Graz in Bezug auf den Jugendschutz (dies übrigens seit dem Jahr 2003);
- es wurde ein eigenes Kooperationsprojekt gemeinsam mit der Kinderklinik ein Folder erarbeitet, der Jugendlichen nach stationärer Aufnahme wegen Alkoholmissbrauchs mitgegeben wird und einen guten Leitfaden für das weitere Leben darstellen soll,
- es wurde gemeinsam mit dem Gesundheitsamt die Initiative „JA Jugendschutz Aktiv“ gegründet, die 2005 bereits eine „Best-Practice-Anleitung Alkohol“ für Gastronomiebetriebe entwickelt, ein Hinweisschild zum Alkoholausschank an Jugendliche erarbeitet und an 500 GastwirtInnen in Graz weitergeleitet hat (diese Anleitung wurde übrigens letztes Jahr an die BetreiberInnen der Adventstände überreicht – und das wird auch heuer wieder passieren) und diese Anleitung wird auch bei der Erteilung von Betriebsstättengenehmigungen mit dem Bescheid durch die Bau- und Anlagenbehörde mitübermittelt.
- das Jugendamt nimmt darüber hinaus gemeinsam mit der Exekutive die Kontrolle von Übertretungen wahr.

Aber, und auch das ist Tatsache, meine Damen und Herren: Wenn es um Jugend und Alkohol geht, können nicht die Jugendlichen, die allerersten und vor allem die alleinige Zielgruppe sein: Ziel muss es auch primär sein, vor allem jenen wirksam und wirkungsvoll entgegenzutreten, die Jugendlichen Alkohol verkaufen, ihnen Alkohol überlassen. Und vor allem sind Jugend- und Gesundheitsamt auch nicht mit den entsprechenden rechtlichen Mitteln ausgestattet, hier wirkungsvolle Gegenmaßnahmen zu setzen. Aus diesem Grund erscheint auch der Ausschuss für Familie, Kinder, Jugendliche und Frauen als vorberatender Gemeinderatsausschuss nicht das geeignete Instrument, um ein ämterübergreifendes Maßnahmenpaket zu schnüren. Ziel muss es vielmehr sein, gemeinsam mit allen involvierten Magistratsabteilungen entsprechende Maßnahmen zu entwickeln, die etwa bis dahin reichen können, beispielsweise Gaststätten, die mit Flat-Rate-Angeboten oder Ähnlichem werben und deren Zielgruppen eindeutig Jugendliche sind, nach Möglichkeit etwa die Gestattungsverträge für Gastgärten zu entziehen oder bei

Verstößen gegen das Jugendschutzgesetz Sonderevents wie zum Beispiel Schaumpartys nicht zu genehmigen. Und ebenso wird es notwendig sein, externe ExpertInnen, VertreterInnen der Wirtschaftskammer und der Polizei dabei mit einzubeziehen. Dies jedoch auf jeden Fall unter Koordination des Jugendamtes und des Gesundheitsamtes, die in dieser Frage auf Grund ihrer vielseitigen und engagierten Tätigkeiten in diesem Bereich über das entscheidende Fachwissen besitzen, und das, meine Damen und Herren, seit Jahren besitzen.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den Abänderungsantrag zum vorliegenden dringlichen Antrag, den bestehenden Jugendschutz-Jour-Fixe um jeweils eine/einen Vertreter/Vertreterin aller Gemeinderatsfraktionen zu erweitern, um – unter Koordinierung von Jugendamt und Gesundheitsamt - Hintergründe und Handlungsstrategien zur Eindämmung des Alkoholkonsums und Missbrauchs bei Kindern und Jugendlichen zu erarbeiten. Danke, meine Damen und Herren (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Jahn:** Wir werden als Grüne Gemeinderatsfraktion dem Abänderungsantrag der SPÖ zustimmen, weil uns die hier vorgeschlagene Vorgehensweise als die sinnvollere erscheint, im Zusammenhang mit der ganzen Thematik. Kritisch zum ursprünglichen Antrag möchte ich schon anmerken, was mich ehrlich gesagt schon ein bisschen stutzig macht, ist die Tatsache, dass wir eigentlich einen Jugendausschuss haben, wo wir immer wieder zu einzelnen Themen ausführlich diskutieren und uns die dementsprechenden Expertinnen und Experten auch holen, die uns einfach gerade mit so einer Thematik wie das Komatrinken die nötigen Infos, die Hintergrundinfos geben und gerade bei der Debatte muss man ja wirklich aufpassen, was jetzt wirklich der Realität entspricht, was tatsächlich sozusagen die Problemlagen und die Ursachen sind, was ja ein sehr komplexes Thema insgesamt ist und dem, was auch medial hier teilweise auch aufgebauscht und übertrieben wird, das muss man auch sagen. Also es ist schon für uns der Jugendausschuss immer einer gewesen, wo wir über solche Dinge sehr ernsthaft auch diskutieren haben können und insofern wundere ich mich, dass eigentlich die ÖVP ja den Ausschussvorsitz im Jugendausschuss innehat und das wäre eigentlich nicht so

schwer gewesen, einfach bei Kollegin Tatjana Kaltenbeck-Michl einmal anzurufen und zu sagen, bitte diskutieren wir über dieses Thema in einem angemessenen Rahmen und mit den nötigen Expertinnen und Experten und so hätten wir uns einen derartigen Antrag eigentlich aus unserer Sicht ersparen können und auch den Abänderungsantrag, den wir aber inhaltlich für sinnvoller erachten und aus dem Grund auch unterstützen. Und, ich denke mir, wenn im Vorfeld solche Dinge herumgehen wie ja, wir haben so viele Tagesordnungspunkte auf der Agenda und bitte liebe Fraktionen, beschränkt euch auf einen Dringlichen, dann sind halt solche Anträge, da fühle ich mich dann ein bisschen gefrotzelt und ich muss schon sagen, ich glaube, ich hätte mich das nicht getraut, so etwas einzubringen. Nichtsdestotrotz das Thema ist ein wichtiges und das Anliegen ist richtig, das auch im Motivenbericht vom Herrn Kollegen Hammer eingebracht worden ist und auch die Ergänzungen seitens der SPÖ und dementsprechend hoffen wir auch, dass es im Rahmen dieses Jour fixe dann zu einer ernsthaften Diskussion mit den ExpertInnen kommt, wo sozusagen zu dem Angebot, was ohnehin schon seitens der Stadt geleistet wird, zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden und was ich mir auch erhoffe, ist schon auch diese Zusammenschau, dass auch auf der Landesebene und auf der Bundesebene die dementsprechenden Anregungen auch von uns kommen, noch auf den anderen Ebenen umgesetzt wird. Also, gerade was Gewerbeordnung, Jugendschutzgesetzgebung etc. und diese gesetzlichen Rahmenbedingungen betrifft, die wir ja von der Stadt aus nicht verändern können.

StRin. Kaltenbeck-Michl: Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Gemeinderat Hammer als Antragsteller dieses dringlichen Antrages. Ich möchte vorausschicken, dass ich weit davon entfernt bin, die Probleme zu verharmlosen, weit davon entfernt bin zu bagatellisieren, dennoch möchte ich gerne einige Aspekte, die der Herr Gemeinderat Hammer in seinem dringlichen Antrag angesprochen hat, aber auch einige, die immer wieder in der öffentlichen Diskussion zum Ausdruck gebracht werden, sozusagen klarstellen. Zum Ersten, Ihre Formulierung, Herr Gemeinderat Hammer, dass die angeführten Maßnahmen nicht gefruchtet hätten, kann ich so nicht akzeptieren. Niemand kann nämlich sagen, wie die Lage wäre, wenn wir unsere Maßnahmen nicht umgesetzt hätten, niemand kann

sagen oder leugnen, dass nicht vielleicht die Problemsituation noch wesentlich schärfer sich darstellen würde ohne die vielen Bemühungen und ohne die vielen Projekte, die das Amt für Jugend und Familie in den letzten Jahren gesetzt hat und umgesetzt hat. Im Übrigen ist ja auch sehr schwierig zu definieren, was denn tatsächlich ein Erfolg ist. Ich gehe schon davon aus, dass, wenn es uns gelingt in Umsetzung einer der von den im Jugendschutz vorgesehenen Folgen, nämlich in der Belehrung der Jugendlichen, so was wie Verständnis und Einsicht zu schaffen, dass ja durchaus als Erfolg zu werten ist und ich bin davon überzeugt, dass das in vielen Fällen ausgezeichnet gelungen ist. Zweiter Aspekt, weil auch das immer so dargestellt wird, übermäßiger Alkohol bei Jugendlichen ist kein grazspezifisches Phänomen. Ich zitiere aus kürzlich erschienenen Berichten in Tageszeitungen, in der Zeitung Österreich, 4.5.2007, „Rauschkinder für uns Alltag, der Alkokollaps einer 12-Jährigen aus Niederösterreich sorgt auch bei der Rettung für Entsetzen“. Der ORF am 12.6.2007 „15-Jähriger verlor Bewusstsein in Lustenau Vorarlberg“. In einer anderen Tageszeitung „9-jähriger trank sich ins Koma, Waidhofen an der Ybbs“. Nur drei von vielen Beispielen, die sichtbar machen, es handelt sich um ein weit verbreitetes Phänomen, nicht nur um ein österreichisches Phänomen, sondern leider ist eben so übermäßiger Alkoholkonsum bei Jugendlichen ein gesamteuropäischer Trend. In Deutschland musste ja unlängst sogar ein Todesopfer verzeichnet werden. Ein weiterer Aspekt, der meiner Meinung nach klargestellt und klar formuliert gehört: Die Gleichung früh Alk trinken ist bereits gleichzusetzen, das ist dann ein Alkoholiker oder eine Alkoholikerin in 20 Jahren, also der Early-Onset-Mythos ist durch wissenschaftliche Untersuchungen mehrfach widerlegt. Diese Gleichung gilt nur, das sagen uns alle Experten und Expertinnen auf Tagungen, aber auch in Studien nachzulesen, für eine doch zu große, aber doch eine verhältnismäßig kleine Risikogruppe, nämlich die 15 % sogenannter Sorgenkids, die dadurch gekennzeichnet sind, dass sie erhöhte Labilitätswerte haben, dass häufig der Verdacht besteht auf psychiatrische Probleme, das sind Kinder, die aus Problemfamilien, sehr häufig aus Familien mit Suchtkrankheiten kommen, aus Familien, in denen es Gewalterfahrung gibt, auch aus von extremer Armut betroffenen Familien, das sind also, wenn wir ausgehen von jener Zahl, die in die Klinik eingeliefert wird, von den zirka 150 Kindern pro Jahr, da sind aber auch die Kinder aus Graz-Umgebung beinhaltet, zirka 20 junge Menschen. Ein weiterer Mythos, den ich zurechtrücken möchte: Alkohol ist eben nicht, wie vielfach behauptet

wird, ein typisches Jugendphänomen. Ganz im Gegenteil, es ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das sich durch alle Schichten, durch alle Altersklassen, nicht allerdings durch alle Geschlechter, gleichermaßen durchzieht. Nur zum Vergleich, 180, das sind 0,14 % der zirka 120.000 steirischen 11-18-Jährigen werden pro Jahr stationär aufgenommen im LKH Graz, im LKH Leoben, 150 davon in Graz, aber auch in dieser Zahl sind Kinder aus Graz-Umgebung beinhaltet. Aber, ich habe das schon einmal im Stadtsenat referiert und dann hat es heftiges Schmunzeln dazu gegeben, ich weiß nicht, doch verlegenes oder anderer Art, über 50 % der männlichen steirischen Erwachsenen trinken mehr als die WHO als vertretbar definiert hat, nämlich zwei Liter Wein pro Woche bei zwei abstinenter Tagen, 10 % der Bevölkerung betreiben Alkoholmissbrauch und 0,4 % der Erwachsenen sind OpiatkonsumentInnen. Und auch da darf ich wieder eine Zeitung zitieren, wo es heißt, beim Alkohol nur die Jugendlichen an den Pranger zu stellen, werde dem Problem überhaupt nicht gerecht, meint auch der Suchtexperte Alfred Uhl vom Anton-Proksch-Institut. Er sieht die Tendenz, dass die stärksten Trinker, nämlich ältere Männer die Probleme auf Jugendliche und Frauen projizieren. Projizieren tun auch manche Journalisten, wenn ich mir diese Bemerkung erlauben darf. Leider müssen wir uns die Frage gefallen lassen, ob nicht unser negatives Vorbildverhalten maßgeblich mitbeteiligt ist an Entwicklungen, die wir mitbeklagen. Ich erinnere an unser Vorbildverhalten, seht her, wir trinken gegen Ärger und Stress, seht her, wir trinken wenn es was zu feiern gibt, seht her, eine Saftparty wäre für uns Erwachsene und ältere Menschen stinkfaded, seht her, wir trinken, um uns zu belohnen, weil wir einen so anstrengenden Tag hatten, seht her, seht her, seht her, damit signalisieren wir erwachsen sein heißt in der Alkoholkultur aufgenommen zu sein. Ich meine daher, eine positive Vorbildwirkung wäre vor allem deshalb so wichtig, weil ja das Jugendalter grundsätzlich einen krisenhaften Lebensabschnitt darstellt. Er ist geprägt, oder der Lebensabschnitt ist geprägt von umfassenden Entwicklungsaufgaben (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), junge Menschen suchen nach Perspektiven, Herr Gemeinderat Pogner, Sie haben heute bedauert, dass ich mich zu diesem Thema nie äußere, würden Sie die Freundlichkeit haben, jetzt zuzuhören, wenn ich mich äußere. Dankeschön. Der Lebensabschnitt ist geprägt von der Suche nach beruflichen Perspektiven, Ablöseprozesse von der Herkunftsfamilie spielen eine wesentliche Rolle, Individualisierungsprozesse, Orientierungsnotwendigkeiten usw. werden von jungen

Menschen in ganz besonderen Spannungszuständen erlebt und in manchen Fällen machen die jungen Menschen eben dann das, was wir Erwachsene auch machen, sie lösen ihre Spannungszustände, zumindest kurzfristig, durch den Konsum von Alkohol. Und noch eines möchte ich in aller Deutlichkeit sagen, weil es mir so wichtig ist, Jugendliche, junge Menschen für ihre manchmal selbstschädigenden Lebensbewältigungsstrategien oder auch Grenzüberschreitungsversuche zu stigmatisieren, halte ich, wenn es darum geht, Jugendliche zu stärken, für absolut kontraproduktiv. Wenn wir Jugendliche dazu bringen sollen und wollen und müssen, nein zu sagen, auch zum Beispiel dem Gruppendruck zu widerstehen der Gleichaltrigen, dann müssen wir sie stärken, dann geht es um die Ich-Stärke, für deren Ausbildung und Entwicklung auch wir verantwortlich sind und diese Ich-Stärke werden wir bei jugendlichen Menschen und bei Kindern überhaupt in erster Linie dann bewirken, wenn wir an deren Stärken ansetzen und nicht an ihren Defiziten. Wenn wir den Stärken der jungen Menschen eine Bühne geben in der öffentlichen Diskussion, hier im Gemeinderat ebenso wie in den Medien. Points for action zum Beispiel ist eine großartige Aktion, wo deutlich wird, wie Jugendliche sich in dieser Gesellschaft zu engagieren bereit sind, die Aktion erhält einen geringfügigen Platz und Anteil in der Berichterstattung über das, was junge Menschen und deren Leben ausmacht und deren Engagement ausmacht. Wir stärken Jugendliche eben nicht, indem wir mit dem Finger auf sie zeigen und sie als Problemgruppe darstellen und ich denke auch, wir werden den vielfältigen Gefährdungen junger Menschen nicht gerecht, wenn wir den Blick immer auf das Problemfeld Alkohol fokussieren, ich erinnere daran, es gibt Jugendselfmord, ich erinnere daran, es gibt Essstörungen, die in den letzten Jahren um das 15-fache gestiegen sind, ich erinnere an andere Drogen, die konsumiert werden, ich erinnere daran, dass die Kinderarmut ständig wächst, erst unlängst war eine Ausstellung in Graz zu sehen, eine großartige Ausstellung über die Kinderarmut, ich habe mir sagen lassen von den Veranstaltern, sie haben die politischen Verantwortlichen sehr vermisst beim Besuch dieser Veranstaltung. 113.000 Kinder und Jugendliche in Österreich leben in Armut, das macht mich mindestens genauso nachdenklich, besorgt und empört wie das Problem Alkoholismus bei jungen Menschen. Und, Herr Kollege Hammer, die Maßnahmen, die das Amt für Jugend und Familie gesetzt hat, können Sie ja unserem Gegenantrag entnehmen, ich möchte zum Abschluss nochmals sagen, den von Ihnen geforderten Jour fixe gibt es schon lange, er arbeitet sehr erfolgreich, ich halte

es für eine gute Idee, ihn zu ergänzen durch die Teilnahme von Mitgliedern des Gemeinderates und noch einmal klar und deutlich gemacht, ich bin gegen das Verharmlosen, ich bin dagegen zu bagatellisieren, aber ich bin auch dagegen, junge Menschen populistisch zu missbrauchen in Wahlkämpfen (*Applaus SPÖ*).

GRin. Dr. **Sickl**: Also die FPÖ ist ja als gemeinsame Antragstellerin mit hinaufgegangen, auch deshalb, weil wir sagen, es ist ganz wichtig, dass wir so einen Antrag unterstützen, indem wir eben aktiv oben sind. Ich glaube einfach, jetzt geht es in diesem Fall, ich meine, es war für uns halt wichtig, dass wir gesagt haben, der Ausschuss für Familie, gleich wie beim Feinstaub wurde auch ein vorberatender Ausschuss aktiv und hat dann die Feinstaubproblematik bearbeitet und den Katalog erstellt. Also das war für uns der Hintergrund. Wenn man jetzt ein Jour fixe schon hat, ich meine, das ist eine Frage des Stils, man kann das machen, wichtig ist es oder beziehungsweise um das geht es uns vor allem, dass wir sagen, es muss was passieren, es ist schon viel passiert, das Amt macht ja bereits viel, wie wir gehört haben. Kann natürlich immer wieder zu Verbesserungen kommen, zu neuen Ideen, also das ist einfach unser Anliegen, dass wir das unterstützen. In welcher Art und Weise, ob man das jetzt beim Ausschuss lässt oder aber in diesem Jour fixe, was bereits besteht, ist der freiheitlichen Fraktion grundsätzlich egal, wichtig ist, dass was passiert, dass auch die Stadt Graz sich in der Frage positioniert, wie wohl natürlich auch, so wie die Frau Stadträtin gesagt hat, das ein europäisches Problem ist, aber wir sind da jetzt in Graz, wir versuchen hier eine Positionierung zu erfragen beziehungsweise zu fassen und das war unsere Intention, daher werden wir bei unserem Antrag bleiben. Wir werden sehen, wie sich das entwickelt beim Abstimmungsverhältnis. Ich will nur darauf aufmerksam machen, dass wir auch als FPÖ-Fraktion das Alkoholproblem im Stadtpark heute noch thematisieren und ich bin gespannt, wie sich dann da das Abstimmungsverhalten präsentiert. Danke (*Applaus FPÖ*).

Dr. **Hammer**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich für diese auch fachlich sehr hochstehende Diskussion, die diese 35 Minuten, die wir jetzt in dieser Diskussion verbracht haben, ist keine verlorene Zeit und sie zeigt, dass der Gemeinderat dieses Problem ernst nimmt. Ich bin stolz darauf, dass es unsere Aktivität war, dann mitgetragen durch die Kollegen der freiheitlichen Partei, die der Anlass war, diese Diskussion hier wieder in Gang zu bringen. Ich habe in den letzten Tagen, und es war ja mein Anliegen, das als gemeinsamen Antrag durchzubringen, um eben das nicht zu machen, was sie so in Zwischenworten gesagt haben, dass Jugendliche missbraucht würden in einer Vorwahlkampfzeit, deswegen habe ich ja auch jede Fraktion eingeladen, den Antrag mitzutragen. Dass der Antrag als dringlich erkannt wurde, zeigt ja auch, dass einstimmig doch ein Handlungsbedarf erkannt wird, dass es nicht so weitergehen kann, wie es in den letzten Jahren gegangen ist, ob natürlich diese Maßnahmen, und sie haben zahlreiche Maßnahmen gesetzt, die auch im Abänderungsantrag angeführt sind, ob es ohne diese Maßnahmen noch schlechter gewesen wäre, wir wissen es nicht. Aber auf der anderen Seite, gerade in diesem sensiblen Thema wollen wir nicht Defizite verwalten, sondern wir wollen Fortschritte erzielen, wir wollen nicht das Defizit, das wir vor zwei oder fünf Jahren schon gehabt haben, diese 140 Kinder, so behalten, sondern wir wollen Fortschritt erzielen. Es ist natürlich, und Sie haben vollkommen Recht, kein grazspezifisches Problem und ich stelle die Beziehung zum Feinstaub her, weil auch das kein grazspezifisches Problem war, weil auch dort der Gemeinderat Verantwortung übernommen hat und zu einem wirklich guten Problembewusstsein, Problemerarbeitung und Problemlösung gekommen ist und deswegen würde ich dem Gemeinderat das auch hier zutrauen. Eine Verharmlosung des Themas, wie es die Christina Jahn gemacht hat, dem muss man widersprechen, denn so harmlos ist es nicht und das mit einer Medienschelte zu verbinden, wie es auch von der Christina Jahn gekommen ist und auch bei Ihnen, Frau Stadträtin, auch Sie haben manche Medien gescholten, dass sie das übertrieben dargestellt hätten, dagegen verwehre ich mich. Ich bin den Medien dankbar, dass sie etwas, was wir auch schon hier 2005 in den Gemeinderat gebracht haben, nun fortgeführt haben und dass die Schärfung des öffentlichen Problembewusstseins durch die Medien jetzt den Zeitpunkt richtig macht, um wieder in den Gemeinderat zu gehen. Wir sehen das als Erfolg, wenn wir heute zu einem Ergebnis kommen und das dann auch einstimmig wahrscheinlich beschließen werden, sehen wir das als Erfolg unserer Bemühungen an, das Thema

wieder aufs Tablett zu bringen, es wäre in meinem Dafürhalten und im Dafürhalten unserer Fraktion und auch der FPÖ optimal gewesen, das dem Gemeinderat zuzuordnen, wenn sich der Gemeinderat nicht zu diesem Mut durchrauben kann, so können wir auch damit leben, dass der Gemeinderat in die bestehenden Strukturen in der Form, wie es im Abänderungsantrag empfohlen ist, eingebaut wird. Danke für die Initiative (*Applaus ÖVP*).

Der Abänderungsantrag wurde einstimmig angenommen.

2) Factory-Outlet-Center

GRin. **Krampl** stellt namens der ÖVP, SPÖ, KPÖ, Grünen und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Krampl**: Meine Damen und Herren, das ist wirklich einmal ein Antrag, der von der Zeit her also ganz dringlich ist und nicht dass wir drüber diskutieren, sondern weil er wirklich zeitlich dringlich ist. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den Medien verdichtet sich die Diskussion über ein beantragtes Factory-Outlet-Center im südsteirischen Jöss. Die Behördenprüfung beziehungsweise das Begutacherverfahren ist abgeschlossen und nun liegt es an der steirischen Landespolitik, dieses Projekt mittels einer Einzelstandortgenehmigung zu genehmigen oder eben nicht zu genehmigen. Ein solcher Standort und vor allem die Dimension dieses geplanten Centers auf der grünen Wiese hätte unweigerlich Auswirkungen auf den Zentralraum Graz.

Da der Gemeinde Lang im Regionalen Entwicklungsprogramm für die Planungsregion Leibnitz keine zentralörtliche Funktion zugewiesen ist, liegt die Entscheidung über diesen Standort bei der Steiermärkische Landesregierung. § 23 (a) des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes sieht vor, dass vor allfälliger Erlassung einer diesbezüglichen Verordnung unter anderem die betroffenen Planungsbeiräte zu hören sind.

In diesem Sinne stelle ich namens der Fraktionen von SPÖ, ÖVP, KPÖ, Grüne und FPÖ aufgrund der über den Bezirk Leibnitz hinausgehenden Auswirkungen eines Einkaufszentrums in der Gemeinde Lang den

dringlichen Antrag,

auf die Verantwortlichen in der Steiermärkischen Landesregierung dahingehend einzuwirken, dass der regionale Planungsbeirat Graz / Graz-Umgebung in dieser Frage - vor der Erarbeitung dafür notwendiger Landesverordnungen - jedenfalls auch mit anzuhören ist und alle erforderlichen Informationen frühzeitig zur Verfügung zu stellen sind. Der Bürgermeister der Stadt Graz als Vorsitzender des regionalen Planungsbeirates Graz und Graz-Umgebung wird aufgefordert, nach Vorliegen dieser Unterlagen diesen Beirat so rasch als möglich einzuberufen (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. Mag. **Fluch** zum Antrag: Sehr geehrte Damen und Herren! Es scheint ja bei den dringlichen Anträgen durchaus weitgehend Übereinstimmung zu geben und das ist bei wichtigen Anliegen ja auch gut. Was den vorliegenden gemeinsamen dringlichen Antrag zum Factor-Outlet-Center anlangt, ist es auch so, dass wir in der Stadt Graz offensichtlich ganz einer Meinung sind. Wie gesagt, das ist gut so, wir stehen am Antrag auch drauf. Dort wo es offensichtlich nicht ganz so sicher ist, das ist die Landesebene und ich muss es doch auch sagen, der Antrag ist von der SPÖ hier im Gemeinderat eingebracht worden, wir hätten jetzt im Moment die Dringlichkeit nicht so gesehen, aber natürlich, weil es ein wichtiges Thema ist, haben wir gesagt, wir gehen gerne mit, denn aus dem Ressort unseres Herrn Stadtrates hat es nämlich auf Verwaltungsebene auch schon einen entsprechenden Schritt gegeben, nämlich ein Schreiben von Herrn Dipl.-Ing. Redik an das Land, wo er genau das gefordert hat, dass bei diesem wichtigen Thema, wo es sehr wohl um eine Region geht, die an die Planungsregion Graz, Graz-Umgebung angrenzt, wir auch gefragt werden und nach unserer Meinung gebeten werden. Es soll uns Recht sein, aber ein bisschen spiegelt dieser dringliche Antrag das, was eigentlich von Seiten des Herrn Dipl.-Ing.

Redik bereits passiert ist. Und ich habe gemeint, in der Stadt Graz sind wir uns einig, das freut mich sehr, im Land gibt es genau ein Regierungsmitglied, das einen entsprechenden Antrag einbringen könnte, den wir eben nicht wollen und das ist der SPÖ-Landesrat Wegscheider. Ein bisschen scheint es offensichtlich schon die Befürchtung zu geben, dass es unter Umständen zu einer unsachlichen Entscheidung kommen könnte oder zu einer, die nicht in unserem Interesse als Stadt Graz ist, denn momentan, es gibt kein Projekt, es gibt, wie gesagt, die Gerüchte, dass ein Projekt entstehen könnte. Der Einzige, der das Projekt einreichen könnte, ist der Herr Landesrat und offensichtlich gibt es die Befürchtung, dass dort, wo es keinerlei öffentliche Verkehrsanbindung gibt, jetzt trotzdem was entstehen könnte, dass trotzdem ein Projekt eingereicht werden könnte, dass vielleicht nicht mit der entsprechenden Effektivität gearbeitet wird. Wenn es da die Unterstützung des gesamten Grazer Gemeinderates braucht, um das zu verhindern, dass das geschieht, sind wir sehr, sehr gerne dabei. Und wenn wir euch dabei den Rücken stärken können, aber irgendwie denke ich mir, es fällt zumindest auf. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Krampl:** Ja, Frau Kollegin Fluch, es tut mir leid, ich habe Sie eigentlich immer sehr geschätzt, also ich finde das jetzt, ich ärgere mich jetzt persönlich, es ist einfach ein Untergriff auf eine Geschichte, die wir uns, sage ich jetzt einmal, in der Form nicht verdient haben. Wir haben gesagt, wir ziehen alle an einem Strang als Stadt Graz. Und dass Dipl.-Ing. Redik diesen Brief geschrieben hat...

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Habe ich gesagt.

GRin. **Krampl:** ...das ist uns allen bekannt, weil er uns diesen Brief sozusagen per Mail zukommen hat lassen. Der Sinn dieses Antrages ist, dass der gesamte Grazer Gemeinderat als Gemeinderat und nicht von der Beamtenschaft, sondern dass der

gesamte Gemeinderat dieses Anliegen unterstützt und es geht gar nicht darum, dieses Einkaufszentrum jetzt zu verhindern oder nicht zu verhindern, es geht darum, dass wir als zuständiges Gremium, das ist der regionale Planungsbeirat Graz und Graz-Umgebung, damit befasst werden. Und diese Unterstellungen bin ich von dir nicht gewohnt, sozusagen diese Ausreden auf den Landesrat Wegscheider, das ist uns bewusst, dass Landesrat Wegscheider dafür zuständig ist. Aber das ist genau in diesem Sinne, dass wir einfach informiert werden wollen, und das spricht vielleicht auch für uns als Grazer SPÖ, dass wir selbst, wenn es unser eigener Politiker ist, ganz im Gegenteil zu euch, den immer in Schutz nimmt, wenn irgendwas von eurer Fraktion ist. Also wir wollen Wert darauf legen, dass wir informiert werden und das ist der Sinn, dass wir da hier im Gemeinderat, und ich bedanke mich für die Geschlossenheit, aber diese unterschweligen Angriffe, das ist eigentlich schade um diesen Antrag, weil da geht es um mehr, glaube ich (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schmalhardt**: Werter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen hier im Gemeinderat doch noch zu Emotionen führt, ist für mich sehr verwunderlich. Ich möchte mich hier an dieser Stelle bei Herrn Dipl.-Ing. Redik bedanken, der uns in einer Besprechung bei Herrn Stadtrat Rüschi alle gemeinsam auf dieses ernste Thema aufmerksam gemacht hat. Die Kollegin von der SPÖ hat das aufgegriffen mit einem dringlichen Antrag und wir sind natürlich, weil wir alle derselben Meinung sind, diesem Antrag gefolgt. Und ich glaube, es ist überhaupt kein Grund, dass irgendwer für sich Urheberrecht in Anspruch nimmt. Ich bedanke mich noch einmal bei der Beamtenschaft, dass sie die Politik auf das wichtige Problem aufmerksam gemacht hat (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Meine geschätzten Damen und Herren! Ich sage es ganz bewusst, ich freue mich als Bürgermeister, wenn wir dieses klare Signal abgeben, es ist einfach notwendig, bevor wieder extrem viel Verkehr mitten ins Grüne gelenkt wird und nachdem es wirkliche Probleme auf gesetzlicher Ebene aus unserer Sicht gibt, sollte man das im regionalen Planungsbeirat, aber als Stadt Graz

klar und deutlich sagen an die politische Adresse, das ist die Landesregierung. Sie hat schon einmal ein Einkaufszentrum an eine Kleinstgemeinde unmittelbar an die Grazer Stadtgrenze so ermöglicht, weil man dieser Stadt quasi eine Kernfunktion zuerkannt hat. Ich würde nur noch einmal betonen, wir sprechen alle tagsüber von Klimawandel, von den Belastungen, die wir durch den Verkehr haben, hier würde zusätzlicher Verkehr in einem besonderen Ausmaß entstehen und ich kann mir auch gar nicht vorstellen, dass in der Landesregierung ein solcher Beschluss jetzt gefasst werden könnte.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

3) Autofreier Tag der Lebensqualität am 23. September 2007

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag.

Dr. **Getzinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrte Damen und Herren! Trotz medialer Unterstützung hatten in der Vergangenheit die sogenannten „autofreien Tage“ nicht die gewünschte Breitenwirkung: Gerade dann, wenn es darum geht, Autofahrerinnen und Autofahrer zum Verzicht auf den Pkw und zum Umstieg auf den öffentlichen Verkehr zu bewegen, bedarf es zusätzlicher bewusstseinsbildender Maßnahmen, um zu verdeutlichen, dass weniger motorisierter Verkehr mehr Lebensqualität und die Rückgewinnung von Erlebnisraum bedeutet.

In diesem Sinne erscheint es zweckmäßig, den sogenannten „autofreien Tag“ völlig neu zu konzipieren – als einen Tag der Lebensqualität, als einen Tag, an dem die Stadt zum autofreien Erlebnis wird.

Seitens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion schlagen wir daher vor, den autofreien Tag nicht am Samstag, dem 22. September, sondern an einem Sonntag, nämlich dem 23. September durchzuführen, die Innenstadtbezirke beziehungsweise

auf jeden Fall innerstädtische Straßenzüge für den motorisierten Individualverkehr zu sperren und diesen Tag zum „Tag der Lebensqualität“ zu erklären. Dazu sollten, unter Einbeziehung aller Magistratsabteilungen, aber auch unter Einbindung von Vereinen und Organisationen, in den für den Autoverkehr gesperrten Straßenzügen Aktionen und Aktivitäten gesetzt werden: von „Schnitzeljagden“ über Seifenkisten-Rennen, Spielangebote bis hin zu Präsentationen und Informationen, die das Bewusstsein in Hinblick auf die Belastungen durch den motorisierten Individualverkehr heben und für die „sanfte Mobilität“ werben. Erweitert werden könnte ein solcher „autofreier Sonntag der Lebensqualität und des Erlebens in Graz“ etwa auch dadurch, dass Museen und Ausstellungen – nach dem Vorbild der „langen Nacht der Museen“ – an diesem Tag zu einem Gratis-Besuch einladen.

Nachdem im Auftrag von Bürgermeister-Stellvertreter Walter Ferk seitens des Umweltamtes bereits eine Reihe von Vorüberlegungen für einen solchen „autofreien Tag der Lebensqualität in Graz“ erarbeitet wurden und damit ein sehr guter Grundstock vorliegt, stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

den 23. September 2007 zum „autofreien Tag der Lebensqualität in Graz“ zu erklären und das Umweltamt und die Baudirektion/Abteilung für Verkehrsplanung zu beauftragen, unter Einbindung aller Magistratsabteilungen sowie einschlägiger Institutionen und Organisationen bis Mitte Juli 2007 eine entsprechende Konzeption für einen solchen autofreien Tag der Lebensqualität zu erarbeiten und diese den ressortverantwortlichen Stadtsenatsmitgliedern zur Weiterbehandlung vorzulegen. Ich ersuche um Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe SPÖ! Es ist ein netter Antrag, den ihr da stellt, aber ganz klar ist mir das nicht, warum zum Beispiel der autofreie Tag vom 22. September jetzt auf den 23. verlegt werden soll, es ist ein international festgelegter Tag. Ich kann auch nicht den 10. Dezember, den Tag der

Menschenrechte, jetzt einfach verlegen, weil mir der 11. Dezember besser passt. Also, wenn hier schon sehr viel an Ideen da ist von Seiten des Umweltamtes, dann kann man ja diese Ideen auch am 22. September durchführen. Aber ich habe noch einen besseren Vorschlag, nehmen wir gleich beide Tage, da haben wir den 22. September, das ist der internationale autofreie Tag und dann der 23. September, ich finde das super, zwei Tage einmal ohne Autos in der Stadt,...

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Die Haltung der Grünen kennen wir.

GRin. **Binder:** ...wäre eine tolle Sache, wäre ganz toll, Walter Ferk, wenn das gelingen würde, also wir stimmen dem überhaupt nicht zu.

GR. **Mayr:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der autofreie Tag ist, wie die Klubobfrau Sigi Binder schon gesagt hat, eben am 22. und das ist eigentlich jetzt schon seit vielen Jahren so bekannt und die lieben KollegInnen von der SPÖ und auch der Herr Vizebürgermeister und Umweltreferent hat in den letzten Tagen und Wochen das Thema autofreier Tag platziert, aber ohne es zunächst einmal mit Inhalten zu füllen. Im Gegensatz dazu laufen natürlich die Vorbereitungen für den autofreien Tag, die Aktionen, die in der Mobilitätswoche davor geplant sind, vor allem mit Schulen, diese Vorbereitungen laufen natürlich schon, wie sie jedes Jahr laufen und sie laufen schon seit längerer Zeit und natürlich auch die Planungen für zum Beispiel das Projekt Autofreizeit, eben am autofreien Tag, am Samstag, oder die Kunstaktion im öffentlichen Raum am Samstag. Das sind alles Projekte, die von der Stadtbaudirektion und in Kooperation mit der GKB, mit der ÖBB, mit Versicherungsgesellschaften, mit Argus, mit GVB bereits in Planung sind. Und jetzt kommt die SPÖ zu ihrem persönlichen Verkehrswahlkampfauftakt, der vor einiger Zeit oder in der letzten Woche relativ unter Ausschluss der Öffentlichkeit, aber unter Einschluss der Medien stattgefunden hat, und da muss man natürlich noch was

platzieren, es ist nur etwas spät schon und wie gesagt, auch wir können nicht erkennen, was der Sinn der Verlegung des Tages nur in Österreich oder nur in Graz vom 22. auf den 23. bringen soll. Wenn es schon so viele gute Ideen gibt, angeblich im Umweltamt, dann ist das Umweltamt natürlich herzlich eingeladen, am autofreien Tag, dem 22. September, die entsprechenden Aktionen vorzubereiten und natürlich durchzuführen und ich denke, dass auch die Stadtbaudirektion sehr daran interessiert ist, eine Kooperation für Aktionen an diesem Tag. Also aus unserer Sicht ist die Sache nicht dringlich, die Vorbereitungen laufen schon, es sind alle herzlich eingeladen, zusätzliche Aktionen für den Tag vorzubereiten, wir lehnen den Antrag ab (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schmalhardt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Walter Ferk! Es ist wunderbar, wenn am Sonntag, dem 23., Schnitzeljagd und Ähnliches, also das Augartenfest der SPÖ verlegt in die Innenstadt, gegen das haben wir überhaupt nichts, aber nicht mit den Geldern des autofreien Tages, der sollte wie bisher als internationaler Tag gelten und am 22. September abgewickelt werden. Und ich könnte mir vorstellen, dass wir uns das Geld, das diese Aktionen da kosten oder überhaupt Mittel zur Verfügung stellen, dass der autofreie Tag größere Wirkung hat, darüber nachzudenken, ob wir nicht am autofreien Tag etwas mit der Straßen- und Busfreifahrt machen könnten. Das wäre ein Vorschlag von uns und deshalb sind wir gegen die Verlegung dieses autofreien Tages und wenn man Ideen hat, wie man die Leute in die Straßenbahn kriegt, probieren wir es einmal mit einer Freifahrt am autofreien Tag. Deshalb lehnen wir die Dringlichkeit dieses Antrages ab (*Applaus KPÖ*).

GRin. Dr. **Sickl**: Auch die Freiheitlichen können sich dem nicht anschließen, dass man vom 22. auf den 23. verlegt, das wäre ja so, wie wenn man Weihnachten vom 24. auf den 23. vorverlegt, wobei wir uns natürlich vorstellen können, so wie die Sigi Binder das gesagt hat, zwei Tage, also auf alle Fälle ist das für uns auch nicht dringlich. Danke.

Dr. **Getzinger**: Bei aller Dringlichkeit, Herr Bürgermeister, aber ein paar Worte möchte ich noch sagen. Eigentlich schon enttäuschend, dass es nur formale Argumente waren, die hier vorgebracht wurden, nämlich dass man (*Applaus SPÖ*) einen autofreien Tag nicht um einen Tag verschieben kann, weil das ja so etwas Ähnliches sei wie das Christkind. Also das ist mehr als nur formal, diese Argumentationen kommen mir äußerst fadenscheinig vor, aber man will es halt nicht, so knapp vor Wahlen darf es keine guten Ideen geben,...

Zwischenruf GRin. Gesek: Ist das eine gute Idee?

Dr. **Getzinger**: ...das ist ganz klar, zumal sie von einer anderen Fraktion, nämlich von der sozialdemokratischen kommen, das ist bedauerlich, weil es genau dem entspricht, was das Vorurteil der Menschen hinsichtlich der Politik ist, nämlich dass es da eh nur um Wahlen geht und nicht um konstruktive Vorschläge, zumal ja niemandem entgangen sein dürfte, dass der Unabhängige Verwaltungssenat leider alle Verkehrsmaßnahmen der IG-L-Verordnung des Landes Steiermark behoben hat und auch Landesrat Wegscheider gemeint hat, man muss eben jetzt mehr auf bewusstseinsbildende Maßnahmen setzen, genau das wäre so eine bewusstseinsbildende Maßnahme gewesen, eine sanfte Maßnahme, aber die Mehrheit des Hauses entscheidet halt nach wahltaktischen Gesichtspunkten und ist daher dagegen. Also wie gesagt, außer formalen Argumenten, wie dagegensprechen und Polemik, schlechter Polemik, habe ich hier nichts gehört. Dass der 22. September 2006 oder 2005 oder 2004 ein autofreier Tag gewesen sei, also das können Sie jemandem anderen erklären, das waren mittelgroße Feste...

Zwischenruf GRin. Edlinger: Kleine.

Dr. **Getzinger**: ...oder kleine, muss man sagen von einigen Aktivisten, aber von autofrei war jedenfalls an diesen Tagen nichts zu sehen und so wird es, fürchte ich, auch der 22. September 2007 sein. Man wird ihn autofreien Tag nennen, aber er findet nicht statt. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Es findet jetzt auf der Universität die Abschiedsvorlesung des Prof. Larenzakis, den Mister Ökumene statt, ich habe zugesagt, dass ich heute auch noch Grußworte der Stadtregierung und des Gemeinderates überbringen werde und ich darf den Vorsitz an den Herrn Vizebürgermeister Walter Ferk übergeben, mich für die Zusammenarbeit bedanken und noch einen kurzen und erfolgreichen Gemeinderat wünschen.

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 17.45 Uhr den Vorsitz.

4) Kläranlage Gössendorf/Verantwortungs-, Haftungs- und Regressfragen

GR. **Eichberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, meine sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben uns heute, einige unter Ihnen von euch, mit der Thematik

Kläranlage Gössendorf im Zuge des Vergabungsausschusses beschäftigt und ich darf in diesem Zusammenhang und ausgehend von diesen Vorgängen heute hier diesen dringlichen Antrag einbringen. Das Klärwerk Gössendorf als finanzielle Sickergrube bezeichnen zu wollen, grenzt fast schon an schamlose Untertreibung: In Gössendorf versickert das Geld nicht – was die Mehrkosten für das Klärwerk anbelangt, sind längst alle finanziellen Dämme gebrochen: Und es schaut so aus, als ob die politisch Verantwortlichen gar nicht mehr sonderlich irritiert sind ob dieser dramatischen und regelmäßigen Nachdotierungen, die für dieses Projekt erforderlich sind und, wir haben heute auch festgestellt, dass wir in beinahe Jahresrhythmus hier zusätzliche Geldmittel und zwar in Millionenhöhe einfach freigeben müssen.

Ich darf nur zur Erinnerung folgende wenige Zahlen Ihnen noch einmal vor Augen führen: Im 28. Juni 2001, also so ziemlich genau, nicht nur ziemlich genau, sondern es war der 28. Juni 2001, als genau heute vor sechs Jahren war das Projekt Kläranlage Graz mit einer Größenordnung von 36,69 Millionen Euro beschlossen worden; zwei Jahre später, also bereits im Jahr 2003, musste dies um neun Millionen Euro aufgestockt werden und kamen in einer weiteren Tranche weitere 3,1 Millionen Euro dazu. Wobei wir derzeit, wenn einer mitgerechnet hat, hier zu einer stolzen Summe von 48,8 Millionen Euro, das entspricht in etwa noch in Schilling gedacht, weil man sich das vielleicht eher vorstellen kann, was die Dimension betrifft, rund 700 Millionen Schilling und das Dramatische an dieser Situation ist, dass das noch nicht das Ende möglicherweise der zusätzlichen Belastungen und Nachdotierungen darstellt und es wird damit zu rechnen sein, dass noch einmal die eine oder andere Million Euro in dieses Projekt fließt. Und wir haben jetzt bereits um 11,3 Millionen Euro Mehrkosten gegenüber dem ursprünglichen Projekt, was einer Kostensteigerung von einem Drittel, also von rund 32 Prozent gegenüber den ursprünglich beschlossenen Summen hier einfach bedeutet. Und damit man sich die Relationen, weil man sich noch immer schwer tut bei diesen Größenordnungen, von 11,2 Millionen Euro vorstellt, heißt das im Klartext, dass diese Mehrkosten, das sind also nicht die Projektkosten, sondern lediglich die Mehrkosten in diesen sechs Jahren ungefähr soviel ausmachen, nämlich zwei Drittel des Bades Eggenberg hätten man damit bereits selber zahlen können oder dieser Betrag bedeutet in etwa 50 % der Kosten der 6er-Verlängerung und das sind ja halbwegse Beträge.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich weiß, und das wird uns auch immer wieder erklärt bei den diversen Sitzungen und Besprechungen, dass der Stahlpreis in den vergangenen Jahren deutlich angezogen hat, wir bestreiten auch nicht, dass Projekte in dieser Dimension, in dieser Größenordnung natürlich nicht bis ins Detail genau auf Cent, auf Euro oder auf tausend Euro oder auf hunderttausend Euro genau kalkulierbar sind. Was es aber ist, dass unwahrscheinliche Dinge in diesem Zusammenhang passiert sind und es ist unheimlich schwer nachvollziehbar, nämlich dieses Ausmaß dieser exorbitanten Kostenexplosion und diese Kostenexplosion auch speziell in dem Zusammenhang zu sehen, dass wir einen Generalplaner haben und dass wir nicht unbeträchtliche Geldmittel auch in die begleitende Kontrolle, ob das eine Budgetkontrolle, ob das eine Terminkontrolle beinhaltet, einfach hineinstecken. Und wenn Sie heute als Häuslbauer einen Auftrag erteilen an eine Baufirma und die Baufirma kommt nach einigen Monaten daher und sagt, Sie, das hat aber jetzt doch um ein Drittel mehr gekostet, dann möchte ich nicht wissen, was sie mit dieser Baufirma aufführen und welche Fragen Sie an diese richten beziehungsweise sie werden trachten, hier Verantwortliche zu finden, um sich hier schadlos zu halten.

Und für mich stellt sich da die Frage, ob nicht auch die Stadt ähnliche Möglichkeiten hätte – sowohl in Hinblick auf Haftungsfragen betreffend diese enorme Kostensteigerung als auch zum Schutz der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des städtischen Kanalbauamtes, denen, und das möchte ich schon in aller Klarheit auch hier heute kundtun, dass dieses Kostendebakel wohl am allerwenigsten den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kanalbauamtes angelastet werden kann.

Denn ein Teil dieser Mehrkosten, und nämlich ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Mehrkosten, beruht auf gravierenden Mengenfalschberechnungen und auf einer Nicht-Berücksichtigung der Valorisierungskosten in der Kalkulation und auch auf Grund der Änderungen hinsichtlich des Stands der Technik sowie einen plötzlich eingebauten, nicht unbeträchtlichen Budgetposten für „Unvorhergesehenes“ als Reserve. Und dies alles sind ja wohl Mehrkosten, die nicht mit dem viel strapazierten Stahlpreis in Verbindung gebracht werden, deren Ursache zum Großteil im Planungs- und Kalkulationsstadium liegen dürften. Und allein heute in der Vergebungsausschusssitzung haben wir im Zusammenhang mit der klärtechnischen Anlage auf Grund von falschen Massenberechnungen beispielsweise 890.000 Euro

nachschießen müssen – das sind mehr als 10 Millionen Schilling oder gut und gerne die Kosten für vier Einfamilienhäuser. Hier sind einfach so gravierende Fehler passiert und wie heute der Amtsleiter kundgetan hat, hat man sich allein bei der Rohrberechnung für dieses Projekt um mehr als 50 % überschätzt, vertan, verrechnet, verschlampt bei der Kalkulation und, und, und. Das heißt, das sind ja Sachen, die man einfach nicht so einfach hinnehmen kann und wir wissen zwar alle, dass erst vor kurzem der Bundesrechnungshof diese Kläranlage mit all ihren Bereichen hier geprüft hat, dass es auch bereits einen vorläufigen Bericht in diesem Zusammenhang gibt und dass es sicher auch ähnliche Fragen aufgeworfen werden, die wir heute hier in Form dieses dringlichen Antrages stellen wollen. Es geht aber nicht jetzt darum, hier einfach abzuwarten, das Ergebnis des Bundesrechnungshofes und den Endbericht, und es werden hier sicherlich nicht so in das Detail gehende Fragen und Antworten und Berichte gefordert werden, wie wir das in unserem dringlichen Antrag einfach vorhaben. Und deshalb darf ich jetzt schon vorweg einmal alle Kolleginnen und Kollegen bitten, die ein Interesse an dieser Klarheit, an dieser Feststellung der Verantwortlichkeit, nämlich auch an Prüfungen, nämlich was kostet das noch, gibt es Regressanforderungsmöglichkeiten an den Generalplaner, gibt es hier die Möglichkeit der Haftungsfragen an die begleitete Kontrolle? Also Fragen der Verantwortung, Fragen des Regresses, Fragen im Zusammenhang, könnte die Stadt von diesem Schaden etwas zurückbekommen, etwas gutmachen, haben wir eben in folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g

gekleidet:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und der für das Klärwerk zuständige Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher mögen beauftragt werden, dem Gemeinderat bis spätestens zur Oktobersitzung dieses Jahres einen detaillierten Bericht vorzulegen,

1. wer für die falschen Mengenberechnungen, die Nichtberücksichtigung der Valorisierung in der Kalkulation verantwortlich zeichnet,
2. inwieweit Änderungen beim Stand der Technik nicht erst während der Bauausführung eingetreten sind, sondern bereits im Planungsstadium hätten Berücksichtigung finden müssen und wer für diese Nichtberücksichtigung verantwortlich ist,

3. welche Möglichkeiten die Stadt Graz hat, sich in Bezug auf die von mir vorhin genannten Punkte 1. und 2. bei den dafür Verantwortlichen in Hinsicht auf Haftung und Regress schadlos zu halten,
4. mit welchen weiteren zusätzlichen Projektkostenerhöhungen noch zu rechnen sein wird und
5. und das ist ja auch immer die Sache, dass man aus gewissen Bereichen auch lernen sollte und seine Schlüsse ziehen sollte, damit das nächste Mal bei ähnlich gelagerten Projekten diese Dinge einfach nicht passieren und ich darf in dem Zusammenhang, ich habe es heute auch in Vergabungsausschuss als Beispiel gebracht, es gibt schon Fälle auch, und ich war vor einigen Tagen mit einigen Kollegen hier aus dem Gemeinderat in Darmstadt, wo ein Kongresszentrum errichtet wird mit einem Bauvolumen von ungefähr 77 Millionen Euro und daraufhin habe ich den Projektbetreiber dort gefragt, mit welchen Projektkostenerhöhungen haben, werden Sie rechnen müssen, hat mich der ganz verduzt angeschaut und hat gesagt, wir haben überhaupt keine Erhöhungen, sondern es ist entsprechend kalkuliert worden und diese Kalkulation hält. Das heißt im Klartext, Punkt 5: Welche organisatorischen und personellen Vorkehrungen durch den Bürgermeister getroffen werden, um derartig exorbitante Projektkostensteigerungen künftig bei ähnlichen Projekten zu verhindern?

Ich darf Sie bitten, hier diesem dringlichen Antrag im Sinne einer entsprechenden Kontrolle, einer entsprechenden Festhaltung der Verantwortlichkeit des Generalplaners und vor allem im Hinblick auf die Möglichkeit der Einholung von Regressansprüchen hier einfach diesem dringlichen Antrag zuzustimmen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schmalhardt** zur Dringlichkeit: Herr Vizebürgermeister, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wer mehrmals so wie ich, in meiner 47jährigen beruflichen Laufbahn einen Rechnungshofprüfung über sich ergehen hat lassen müssen, ich sage müssen, weil das ist wirklich die kompetenteste, strengste und korrekteste Prüfung diverser Geschäftsabläufe, die Sie sich vorstellen können. Das einmal zum Eingang zu diesem Thema. Ich glaube, wenn so wie der liebe Klaus Eichberger hier gesagt hat, versickert, verschlampt und ähnliche Begriffe, sind einmal

sehr gefährliche Ausdrücke im Zusammenhang, wo Menschen arbeiten, wo Beamte arbeiten, wo Bauarbeiter arbeiten, also bewusst, ich gehe davon aus, dass dort bewusst niemand Geld versickern, verschlampt oder vorsätzlich Schaden...

Zwischenruf GRin. Krampl: Das hat er ausgenommen.

GR. **Schmalhardt:** ...darf ich, liebe Kollegen, ich habe gesagt, vorsätzlich Schaden angerichtet wird. Eine Prüfung durch den Stadtrechnungshof wurde von uns begrüßt, sie wurde von Herrn Stadtrat Riedler beantragt, die ist bereits durchgeführt. Es liegt der Vorbericht im entsprechenden Amt ein Rohbericht vor, der Leiter des Kanalbauamtes hat mir gesagt, dass er seine Stellungnahme in den nächsten Tagen abgeben wird. Es sind natürlich in diesem Rohbericht entsprechende Kritikpunkte enthalten und all diese Fragen, lieber Klaus, die du hier aufwirfst, da kannst du versichert sein, dass der Rechnungshof diese Punkte und viele, viele mehr aufs Genaueste geprüft hat und schonungslos aufzeigen wird. Und auch hinweisen wird auf die Verantwortlichkeit, auf die Möglichkeit einer Regressinanspruchnahme durch die Stadt Graz, also ich bin da wirklich zuversichtlich und ich habe nur eine Bitte in dem Zusammenhang, dass der Gemeinderat über diesen Rechnungshofbericht einen umfassenden Bericht und Information bekommt und ich habe überhaupt keine Sorge, dass der Rechnungshofbericht nicht über das hinausgeht, was die Stadt an Prüfung aus eigener Kraft schaffen kann. Vom Zeitrahmen her, lieber Klaus, ist es doch unmöglich, bis Oktober einen neuerlichen umfassenden Prüfbericht in den Gemeinderat einzubringen. Wer soll das machen, wo gibt es das Personal, es ist ja unmöglich, Klaus, das musst du wirklich verstehen, da haben wir überhaupt kein Verständnis, es ist ja vom zeitlichen Ablauf und von den personellen Ressourcen gar nicht möglich. Also bei unserer Fraktionen kann ich sagen, dass wir glauben, also es hat der Stadtrechnungshof geprüft mit entsprechender Kritik, der Bundesrechnungshof wird uns einen korrekten Bericht abliefern, das ist uns die oberste Prüfungsinstanz der Republik und das muss uns als Gemeinderäte ja wirklich reichen. Dann, wenn der Rechnungshofbericht vorliegt, dann bitte ich um neuerliche Diskussion,

schonungslose, da bin ich wieder dabei, aber diesem dringlichen Antrag können wir aus den vorgenannten Gründen nicht die Dringlichkeit zusprechen (*Applaus KPÖ*).

GRin. Dr. **Sickl**: Mein Vorredner, der Sepp Schmalhardt, hat ja schon viel ausgeführt. Die freiheitliche Fraktion stimmt der Dringlichkeit auch nicht zu, wobei ich aber sagen muss, inhaltlich gehen wir total d'accord mit dem Antrag, auch die Fragen sind sehr interessant und auf alle Fälle für die Stadt Graz zu klären, aber wir glauben einfach, dass es wichtig ist, dass man den Bundesrechnungshofbericht abwartet. Der Bundesrechnungshof war vier Monate mit fünf Mann hoch vor Ort, hat geprüft, hat das sozusagen genauestens sich angeschaut und wir wollen einfach warten, was das Ergebnis ist und im Herbst noch einmal über diese Geschichte sprechen und wenn dann diese Fragen bereits geklärt sind, haben wir uns eine Arbeit erspart und wenn nicht, kann man das ja auf alle Fälle ergänzen. Also wir stimmen der Dringlichkeit nicht zu. Danke.

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat! Lieber Klaus Eichberger, heute ein Auftritt nach dem anderen, das war jetzt der zweite schon hier am Rednerpult, dein Schlusswort wird sozusagen der dritte sein. Ein paar Worte dazu, ich muss und kann mich nur den Vorrednern Sepp Schmalhardt und Kollegin Sickl anschließen. Die äußeren Fakten sind, der Rohbericht des Rechnungshofes liegt vor, das Kanalbauamt ist im Fertigwerden mit der Stellungnahme. Es ist ein umfangreicher Bericht und wir wissen, Sepp Schmalhardt hat das im Detail auch hier zu erkennen gegeben, dass sich der Rechnungshof mit seiner gewohnten berechtigten Akribie sämtlichen Details zugewendet hat. Und offensichtlich ist dieser Eurofighter-Effekt, ihr könnt nichts abwarten (*Applaus ÖVP*). Der von euch selber eingesetzte Ausschuss wird einfach nicht abgewartet.

Zwischenruf GR. Herper: Das ist aber untergriffig.

Dr. **Piffl-Percevic**: Lassen wir doch die Gremien, die von der Verfassung vorgesehen, auch ein Untersuchungsausschuss ist ein solches, die ÖVP hat ja auch dort beachtlich mitgewirkt auch zur Wahrheitsfindung und es ist ja dort auch nicht das herausgekommen, was manche unterstellt haben.

Zwischenrufe unverständlich.

Dr. **Piffl-Percevic**: Na ja bitte, ich weiß nicht, ob ich jetzt geklagt werde, aber es ist einiges herausgekommen, dass Rapid beachtliche Summen dort einkassiert hat von dieser Firma, habe ich vorher nicht gewusst, also auch für meine Wahrheitsfindung hat das beigetragen, ich hoffe, ich kriege jetzt keine Klage, weil es ist (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*)...

Zwischenruf GR. Schönegger: Das hat dir gegolten.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Zum Thema, wir sind nicht im Parlament.

Dr. **Piffl-Percevic**: Danke, aber wir sind im Grazer Stadtparlament und mir geht es darum, dass wir hier bitte alle Gremien, auch das Kanalbauamt bei seiner Stellungnahme hat sich äußerster Arbeit unterzogen und Mühe, die einzelnen Punkte

wirklich im Detail zu beantworten. Ich wiederhole, diese Antwort ist im Fertigwerden. Es wird, auch ich kann nicht vorgreifen und tue das auch nicht, weder dem Ergebnis der Rechnungshofsprüfung noch der Stellungnahme des Kanalbauamtes. Aber es wird hier, Kollege Eichberger, versucht, den Eindruck zu erwecken, es ist hier Unvorstellbares geschehen, ich kann dazu nur Folgendes sagen, sozusagen von der Front, was heute Sache ist. Die Anlage, denn aus den Wortmeldungen aus einigen kann man entnehmen, dass das alles ein Bauchfleck der Sonderklasse ist, das Gegenteil ist der Fall. Die Anlage funktioniert, technisch attestiert, ich verwende die Worte, die ich gehört habe, hervorragend, die technischen Werte, die gefordert werden, nach unseren umfangreichen ÖNORMEN und Vorschriften, sind alle bestens einhaltbar...

Zwischenruf GRin. Meißlitzer: Aber darum geht es nicht.

Dr. Piffli-Percevic: Danke, darum geht es nicht, aber durch solche Anträge wird der Eindruck erweckt, es handelt sich hier um einen Bauchfleck der Sonderklasse. Ich wollte nur sagen, ist erfreulicherweise, danke, Kollegin Meißlitzer, ist,... schau Klaus, sie ist auch der Meinung, kein Bauchfleck (*Applaus ÖVP*), und ebenfalls angesprochen von hier...

Zwischenruf GRin. Edlinger: Sind die Projektkosten erhöht oder nicht?

Dr. Piffli-Percevic: Darf ich mich dazu melden jetzt, von dir, Klaus, ...ja wenn ihr mich dauernd unterbrecht, kann ich nicht fertig reden. Klaus, angesprochen, die Kostensituation, abgesehen davon, dass auch heute bitte im Ausschuss einstimmig die Gerechtigkeit dieser Kosten, was die Zuzählung und Zuzahlung betrifft,

beschlossen wurde. Soweit so gut. Im Vergleich, mehr kann man heute nicht sagen, bevor der Rechnungshof nicht sein abschließendes Urteil gefällt hat. Dem Vergleich mit anderen Anlagen in Österreich dieser Art halten die Gesamtkosten absolut stand.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Bei jeder Erhöhung.

Dr. **Piffl-Percevic**: Das endgültige Urteil, Kollegin Edlinger, fälle weder ich noch ihr, lassen wir den Rechnungshof sprechen. Zur Beruhigung, manche lassen sich nicht beruhigen, ich möchte auch niemand einlullen oder einschüchtern, der Rechnungshof hat das letzte Wort in der Frage. Aber trotzdem eine erfreuliche oder beruhigende Zwischenbilanz, der Kostenvergleich des bisher Aufgewendeten hält stand mit den anderen vergleichbaren Anlagen. Also es handelt sich, das kann man mit Fug und Recht jetzt schon sagen, keineswegs um das, was Klaus andeuten möchte. Ich komme schon zum Schluss. Wir warten selbstverständlich die Stellungnahme des Kanalbauamtes ab, wir haben volles Vertrauen zu den Mitarbeitern, ich schließe mich deinen Worten auch an, der Fehler war jedenfalls nicht dort. Planungsfehler hat es gegeben, das kann man jetzt schon sagen. Wir werden mit dem Rechnungshof, darf mich Sepp Schmalhardt anschließen, selbstverständlich alles durchgehen, aber bitte keine Vorverurteilungen und daher wird es euch nicht überraschen, dass wir der Dringlichkeit nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR: **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich bin schon etwas überrascht, vor allem über die Haltung der ÖVP in diesem Hause. Bis vor einer Stunde war für uns und auch nach Rücksprache mit entsprechenden Repräsentanten dieser Partei noch klar, dass auch die ÖVP Interesse hat, Klarheit zu bekommen, wer hier Verantwortung trägt. Dass es jetzt innerhalb der letzten Stunde einen Meinungsschwank gegeben hat, dass es hier einen politischen Eiertanz gegeben

hat, ist natürlich ein interessantes Faktum, möchte ich aber den anderen Kollegen, wie gesagt, schon hier vor Augen führen, wie hier umgegangen wird auch mit Halten von Vereinbarungen mit Absprachen und dergleichen. Und ich verstehe eines und deshalb verwundert es mich nicht, dass natürlich die ÖVP hier möglicherweise im letzten Moment etwas kalte Füße bekommen hat, mich wundert es natürlich nicht, wenn man weiß, dass die politische Verantwortung bei einem Stadtrat der eigenen Partei vielleicht liegt, mich wundert es natürlich auch nicht, dass man hier Zeit gewinnen möchte, dass man vielleicht noch nicht die Antworten wissen möchte, wer ist verantwortlich, wo sind die Fehler passiert, wen könnte man hier eventuell zur Verantwortung ziehen. Deshalb wundert es mich nur, und ich möchte nur wissen, wie ihr den Grazerinnen und Grazern, wo ihr ansonsten alles Mögliche erklärt, wie ihr den Grazerinnen und Grazern erklärt, dass euch letztendlich egal ist, dass der Stadt Graz dieses Bauvorhaben 11,2 Millionen mehr kostet, aber ihr nicht einmal wissen wollt, warum kostet das mehr und wer ist dafür verantwortlich, sondern ihr redet euch aus auf den Bundesrechnungshofbericht. Nur der Bundesrechnungshofbericht (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) wird auf viele dieser Fragen, die wir hier in diesem Zusammenhang gestellt haben, sicherlich keine Antwort geben, weil das nicht Aufgabe des Bundesrechnungshofes ist, hier diese Fragen zu beantworten und deshalb bin ich enttäuscht und ganz besonders enttäuscht, wo vor einigen Minuten hier die Kollegin Mag. Fluch an diesem Rednerpult gestanden ist und gesagt hat, es gibt bei wichtigen Themen, bei wichtigen Entscheidungen, bei dringlichen Anträgen immer einen Gleichschritt, einen Gleichklang und selbstverständlich sind wir bei wichtigen Themen dabei. Anscheinend ist dieses Thema der Kläranlage und einer Preiskostenüberschreitung von immerhin 31 % und 11,3 Millionen kein Thema für die ÖVP...

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Schrei doch nicht so.

GR. **Eichberger:** ...und wenn du, lieber Freund Klubobmann Schmalhardt, die Hände zusammen schlägst, dann muss ich schon eines dazu sagen, darüber sage ich gar

nichts, weil für mich ist das schon verwunderlich, dass du dich da herstellst und sagst, wir warten zu, es gibt ja keine Dringlichkeit, es gibt ja sowieso einen Bericht und mich interessiert das nicht. Gerade du und deine Fraktion, die ansonsten immer am Tisch haut und Kontrolle und da eine Sauerei und das ist ein Witz und das müssen wir uns anschauen, gerade du mit deiner Fraktion sagst, interessiert uns nicht, warten wir, wir haben Zeit, wir haben Geld. In diesem Zusammenhang echt ein enttäuschendes Ergebnis, tut mir leid, anscheinend ist vielen hier in diesem Haus egal, dass 11,3 Millionen einfach den Bach hinuntergeschwommen sind und wir nicht wissen, wer verantwortlich ist. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Kleines Glückspiel: Petition an den Landesgesetzgeber

GR. Mag. **Fuchs** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Fuchs**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der folgende dringliche Antrag entspricht etwa dem Antrag, den ich in der letzten Sitzung eingebracht habe. Damals wurde ich aber gebeten, den Fraktionen noch einmal Zeit zu geben, um über die Argumente zu diskutieren. Mittlerweile wurde der Antrag leicht abgeändert, in Gespräch mit SPÖ und ÖVP, auch mit der FPÖ und den Grünen, also es haben mit allen zumindest kurz Telefonate stattgefunden und darum möchte ich jetzt den Antrag in einer leicht veränderten Form noch einmal einbringen. Auch wenn Jugendliche, deren Schutz selbstverständlich durch zusätzliche Maßnahmen einen besonderen Stellenwert einnimmt, einen überproportionalen Anteil der Spielsüchtigen ausmachen, das bezieht sich nämlich auf den Antrag, den der

Kollege Hohensinner dankenswerterweise letztes Mal eingebracht hat, darf uns das Schicksal der Betroffenen im Erwachsenenalter nicht gleichgültig sein.

Dr. Roland Mader, Leiter der Suchtberatungsstelle in Baden, geht von 56.000 Spielsüchtigen aus, das Wiener Anton-Proksch-Institut schätzt die Zahl der pathologischen Spielerinnen und Spieler auf 60.000. Laut Dr. Mader haben 89 Prozent der wegen Spielsucht Behandelten zumindest 50.000 Euro Schulden. Und die Suchtberatungsstelle des Landes Steiermark nennt übrigens ganz ähnliche Zahlen. Nicht nur ihre eigene Existenz ist durch die Spielsucht bedroht, auch ihre Familien werden mit in den Abgrund gerissen.

Wettcafés und Glücksspielautomaten sprießen in immer größerer Zahl aus dem Boden. Die Politik ist daher dringend aufgefordert, Jugendliche wie Erwachsene endlich zu schützen und ein verunglücktes Gesetz zu reparieren. Darüber hinaus sollten wir uns Gedanken machen, wie dem zunehmenden Bedarf an Beratungsstellen und Therapieplätzen begegnet werden soll. Und wir sollten uns die Frage stellen, warum das Land Steiermark laut einer Anfragebeantwortung im Landtag über kein ausgebildetes Personal verfügt, das in der Lage ist, die Glücksspielbetreiber auf Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu überprüfen.

So lange es das „Kleine Glücksspiel“ in seiner heutigen Form gibt, so lange werden auch die damit verbundenen sozialen Probleme wachsen. Das Land Steiermark muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Geschäftemacherei mit dem Unglück von tausenden Betroffenen weniger attraktiv zu machen.

Ich stelle den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat tritt in einer Petition mit folgenden Forderungen an den Steiermärkischen Landtag heran:

1. Einführung einer Standortabgabe zur Eindämmung des Wildwuchses an Wettcafés;

2. Der zuständige Unterausschuss im Landtag soll eine Erhöhung der Abgaben pro Geldspielautomaten festlegen und dem Landtag zur Beschlussfassung vorlegen.
3. Neuformulierung der Bestimmungen zum sogenannten „Kleinen Glücksspiel“ mit dem Ziel, den vom Landesgesetzgeber ursprünglich intendierten maximalen Wetteinsatz von 50 Cent pro Spiel nicht durch Tricks umgehbar zu machen: Automaten dürfen tatsächlich nicht mehr als eine 50-Cent-Münze pro Spiel annehmen, gleichzeitig ist eine Mindestspieldauer festzulegen. Ich ersuche um Annahme (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Edlinger** zur Dringlichkeit: Werte Kolleginnen, werte Kollegen, lieber Antragsteller, lieber Georg! Wir hatten ja einen ähnlichen Antrag letztes Mal vorliegen, bereits damals haben wir ja der Dringlichkeit des Anliegens unsere Unterstützung ausgesprochen, da hat sich vom letzten Monat zu diesem Monat natürlich nichts geändert. Es ist uns ein großes Anliegen, dass hier Unterstützung für Spielsüchtige, die sich auch nicht nur in diesen drei im Antrag geforderten Punkten beschränken können, dass es Unterstützungen für Spielsüchtige gibt, aber eben auch notwendige Kontrollen und Erschweren einfach dieser Möglichkeiten oder dieser Glitzerwelt, die eben Menschen in die Spielsucht treibt; wir werden daher der Dringlichkeit und dem Antrag zustimmen, sind sehr froh, dass auch seit der letzten Gemeinderatssitzung auf Landesebene ja im Unterausschuss bereits einiges geklärt wurde, es wird die Landtagsenquete dazu am 2. Oktober, glaube ich, geben unter Einbeziehung vieler Experten/Expertinnen. Ich denke mir, wenn hier Stadt und Land gemeinsam versuchen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen und parteienübergreifend wir hier gemeinsam nach Wegen suchen, um eben einerseits möglichst viele vor Spielsucht zu bewahren, aber auch Betroffenen bestmögliche Unterstützung zukommen zu lassen, dass das der richtige Weg ist, daher Zustimmung zur Dringlichkeit und zum Antrag (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werter Gemeinderat! Uns als ÖVP ist jede sinnvolle Initiative wichtig, die die Bevölkerung vor einer möglichen Glückspielsucht schützt. Eine Initiative haben wir ja, und Sie haben das ja schon angesprochen, im letzten Gemeinderat durchgebracht, nämlich wir haben das Glückspiel kindersicher gemacht, beziehungsweise wir haben eine Petition an den Landesgesetzgeber verabschiedet. Mittlerweile ist aber im Steiermärkischen Landtag ein Unterausschuss eingerichtet, dieser setzt einen Schwerpunkt vor allem auf steuerliche Maßnahmen und gestern ist in diesem Unterausschuss auch eine Glücksspielenquete finalisiert worden. Herr Kollege Fuchs, Sie sind ja Angestellter im KPÖ-Landtagsklub, das haben wir eh schon abgeklärt, meine Frage, die ich mir jetzt nicht verkneifen kann, ist, hat es zwischen der KPÖ Graz und der KPÖ Kaltenegger Land einen Bruch gegeben, weil Sie mittels dringlichen Antrag hier an Ihre Landtagsfraktion herantreten, wir als ÖVP haben natürlich vollstes Vertrauen zu unseren Landtagsabgeordneten, aber es ist eine wichtige Geschichte.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Was ist mit eurer Petition?

GR. **Hohensinner**: Na, da hat es diesen Ausschuss noch nicht gegeben, Herr Kollege. Der Inhalt des Antrages ist gescheit, deswegen werden wir der Dringlichkeit und dem Inhalt unsere Zustimmung erteilen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. Dr. **Sickl**: Lieber Georg! Wir haben das letzte Mal, in der letzten Gemeinderatssitzung schon deinem Antrag zugestimmt, der schon detaillierter war. Wir stimmen deinem heutigen natürlich auch zu. Ich möchte nur aufmerksam machen, wie krass die Spielsucht in der Steiermark ist. Es gibt 15.000 Spielsüchtige allein in der Steiermark. 2002 waren es noch 76 Menschen, die auf die Hilfe angewiesen waren und jetzt im vergangenen Jahr 597. Also von 76 auf 597 in drei Jahren und die Dunkelziffer ist unbekannt. Diese Zahlen stammen von der

Gesellschaft für Suchtfragen, also PASS, von der Claudia Peiser und ich glaube einfach, dass da dringender Handlungsbedarf ist und deswegen muss man so einen Antrag unterstützen. Also wir stimmen der Dringlichkeit und dem Inhalt zu. Danke.

Mag. **Fuchs**: Ich bedanke mich bei allen Fraktionen, die diesen Antrag unterstützen und hoffe, dass wir dem Landtag, der dann am 2. Oktober eine Enquete darüber abhalten wird, damit wir dem auch Rückenstärkung geben. Vielen Dank (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6) Kontrollausschuss der Stadt Graz

GRin. **Rücker** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Rücker**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Kontrollausschuss hat in Zusammenarbeit mit dem Stadtrechnungshof in den letzten Jahren einige wesentliche Verbesserungen im Sinne von mehr Transparenz und Öffentlichkeit entwickelt. Dazu gehört einerseits der zuletzt gefasste Beschluss, dass der Prüfbereich jeweils ab dem Tag der Kontrollausschusssitzung schon öffentlich ist oder dass es eine erhöhte Transparenz gibt durch einen Bericht im Internet. Ein wichtiger Bereich, der auch hier herinnen ja immer wieder auftaucht, ist das stärkere Hinschauen auf den sogenannten Konzern Graz, dass also in die Kontrolle und in die Überprüfung der Finanzgebarung der gleichwertig einbezogen wird, da sind wir sicherlich Vorreiterstadt in Österreich. Das wünschen sich andere Städte noch, wie

ich es so immer wieder höre. Die gegenwärtigen Entwicklungen in der Verlagerung der städtischen Kompetenzen zeigen eben auch, wie wichtig die Kontrolle ist und wie wichtig diese Aufwertung gleichzeitig mitzuziehen hat. Ein Punkt, der in den letzten zwei Jahren immer wieder einmal zu interessanten Konstellationen geführt hat, ist die Entscheidungsfindung im Kontrollausschuss, so wie er momentan angelegt ist. Der Ausschuss ist gemäß § 37a des Statutes der Landeshauptstadt Graz mit mindestens 11 Mitgliedern zu besetzen, also es ist so, dass jede Fraktion, die im Gemeinderat ist, dort ein Mitglied entsenden kann und die restlichen Mitglieder nach Verhältniswahlrecht verteilt werden. Das heißt, die Besetzung des Ausschusses repräsentiert letztendlich auf der anderen Seite die Zusammensetzung von Regierung und Opposition. Die Besetzung und der Abstimmungsmodus führen dann dazu, dass die Mehrheit der Kontrollausschussmitglieder den regierenden Fraktionen angehören, was Beschlüsse im Ausschuss, die sich in irgendeiner Form damit befassen, dass es um eine Kritik beziehungsweise auch um eine politische Verantwortung eines Regierungsmitgliedes geht, dann nicht so ausfallen, dass sie im Sinne der Kontrolle sind, sondern das sehe ich im Sinne der Bestärkung und wenig „regierungskritisch“, unter Anführungszeichen, aber die Kontrolle hat eigentlich die Funktion, auch zu hinterfragen, was für Entscheidungen getroffen werden und die auch in eine bessere Situation beziehungsweise die Konsequenzen und Effekte daraus abzuleiten. Diese Situation widerspricht eigentlich dem Gedanken einer effizienten und guten städtischen Kontrollinstanz und bedarf meiner Meinung nach daher einer Änderung.

Also eine Statutenänderung ist, wie wir wissen, keine städtische Entscheidung, sondern ist auf Landesebene angesiedelt, braucht auch eine längere Vorlaufzeit und deswegen würde ich ersuchen, dass wir noch in dieser Gemeinderatsperiode zumindest als Petition an den Landtag eine Vorbereitung treffen können und so stelle ich den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen,

das eingesetzte Redaktionskomitee zur Statutenreform, das ja manchmal tagt, möge sich entsprechend dem Motivenbericht bis zur zweiten Gemeinderatssitzung nach der Sommerpause mit der Frage beschäftigen, wie eine Änderung der Beschlussfassung im Kontrollausschuss dahingehend herbeigeführt werden kann, dass jede vertretene Fraktion im Ausschuss mit einer Stimme versehen ist, das heißt, dass eine paritätische Stimmssituation da ist für jede Fraktion, gleichwertiges Stimmverhältnis, um dann dem Gemeinderat einen entsprechenden Vorschlag zur Beschlussfassung zu unterbreiten. Ich ersuche euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesem Antrag zuzustimmen im Sinne einer effizienten Kontrolle. Danke.

GR. Dr. **Piffl-Percevic** zur Dringlichkeit: Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat, liebe Lisa! Ich bin grundsätzlich, das darf ich für meine Person sagen, aber auch für meine Fraktion und ich glaube auch die anderen, sage ich jetzt, großen Fraktionen, weil es gibt natürlich einen parlamentarischen, Walter Ferk, wir sind ein Parlament, Stadtparlament und die Grundmechanismen gelten natürlich auch hier, die demokratischen, wenn du so willst. Macht braucht Kontrolle, dazu stehen wir, das ist gut, das ist hygienisch, dazu bekennen wir uns. Und die Anregungen, die vom Rechnungshof kommen, jetzt in dem Fall ganz konkret vom Stadtrechnungshof in erster Linie, sind äußerst wertvoll. Darf hier nur aufzählen, wir können stolz sein, Graz war die erste Stadt in Österreich, die einen Rechnungshof eingerichtet hat, der auch die Werkzeuge in die Hand bekommen hat, die erforderlich sind, also kein Placebo, sondern eine arbeitsfähige Konstruktion und ich stehe nicht an, auch einer kompetenten Führung und ich stehe auch nicht an, derzeit und auch vorher mit einer kompetenten Vorsitzenden des Kontrollausschusses. Wir haben einiges erreicht, da können wir stolz sein, es ist zum Beispiel die Beteiligungsverwaltung der stadt eigenen Beteiligung auf grund der Anregungen des Rechnungshofs auf ein neues Niveau, das ist keine Verteufelung was vorher war, aber man kann immer besser werden, wir haben ein neues Niveau erreicht, äußerer Ausdruck dessen, wir haben einen eigenen Beteiligungsausschuss, es funktioniert soweit alles besser und transparenter...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.

Dr. **Piffl-Percevic**: Ich darf diesen Zwischenruf vom Herrn Finanzstadtrat nutzen und selbstverständlich auch die Kooperation mit der Finanzdirektion hier wirklich hervorheben. Der Herr Finanzdirektor ist auch hier, der Rechnungshofdirektor ist auch hier, also sind wir sozusagen beschlussfähig hier angetreten. Wir können stolz sein, dass wir hier was weitergebracht haben. Es kostet uns auch zusätzlich Zeit, das wissen wir, allein die Sitzungen des Beteiligungsausschusses, aber wie gesagt, ohne Rechnungshof, sage ich nochmals dazu, auch ohne Finanzdirektion wäre diese Qualität nicht möglich.

Zwischenruf Stadtrat Mag. Dr. Riedler: Finanzreferent.

Dr. **Piffl-Percevic**: Auch dieser Zwischenruf gibt mir die Gelegenheit, selbstverständlich den Finanzreferenten hier besten Wissens und Gewissens mitzunehmen und der Gerechtigkeit halber muss ich auch sagen, auch die anderen Stadtsenatsmitglieder sind die Kontrollierten, aber auch die in Beteiligungsverwaltung als Eigentümerversreter oder als Beteiligtenvertreter eingebunden sind, wenn ich auch sagen muss, dass diese Funktionalität noch nicht das ist, was wir uns vorstellen, aber das wissen wir, können wir uns für die nächste Periode vornehmen. Hier eine etwas effizientere politische Einbindung. Was möchte ich in deine Richtung sagen? Wir haben in den Sitzungen des von dir auch genannten Vorgangs, es gibt ein Redaktionskomitee, es gibt einen Unterausschuss, obwohl es den nicht gibt, des Verfassungsausschusses, der sich mit möglichen demokratiepolitischen Reformen, Demokratiepaket auf Stadtebene, auf Bezirksebene befasst. Wir haben dank dem Magistratsdirektor, der mit seinen MitarbeiterInnen dort sehr viele Vorschläge geprüft und Unterlagen uns zugemittelt hat, einige Vorschläge erarbeitet und wir waren auch sehr weit, nur was ist zuletzt gewesen, es hat vor allem auch die kleinen Fraktionen

der Mut verlassen. Wir haben euch vorgerechnet, dass demokratiepolitische Reformen keineswegs zu Lasten der kleinen Fraktionen gehen, zum Beispiel eine Verkleinerung des Stadtsenates, auch nicht einmal eine des Gemeinderates hätte auch euch nur ein Mandat gekostet. Nur man kann sich nicht die Rosinen herauspicken, man kann nicht einfach wie aus einem Menü bei Mc Donalds sagen, ich möchte nur diesen Mac haben und das andere interessiert mich nicht, ich kann mir nicht herauspicken die Stärkung der Kontrollrechte und andere notwendige Reformen nicht mittragen und ich darf hier zum Punkt kommen. Der Herr Bürgermeister hat alle Fraktionen aufgefordert, sozusagen final nach vielen Sitzungen jetzt ihren Letztstandpunkt mitzuteilen. Es ist kein Geheimnis, die Grüne Fraktion hat diesen Vorschlag, den du machst, nicht einmal dort gemacht. Wir hören jetzt sozusagen fünf vor zwölf, vor Ende der Periode den Vorschlag und ich möchte weiter inhaltlich gar nicht darauf eingehen. Ich kann nur sagen, wir bekennen uns auch zur Stärkung der Minderheitenrechte, aber das muss ausgewogen sein mit einer Reform im Zuge eines Demokratiepaketes und Rosinen herauspicken fünf vor zwölf, ich glaube, das ist unfair den Wählern gegenüber und das wäre nicht fair auch den kleinen Fraktionen. In diesem Sinne werden wir deinen Antrag nicht unterstützen (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Als kleinste Fraktion oder noch kleinste Fraktion in diesem Haus, man muss ein bisschen Optimismus haben, werden wir natürlich dem Antrag und der Dringlichkeit zustimmen, wobei wohl wir wissen, dass natürlich, wie der Kollege das schon gesagt hat, uns hat nicht der Mut verlassen, du weißt, Milizsoldaten verlasst grundsätzlich nicht der Mut, uns hat auch in dieser Statutendiskussion nicht der Mut verlassen, ich glaube, das kannst du uns nicht unterschieben, sondern wir waren immer der treibende Motor und wir sehen auch heute noch immer die Möglichkeit, dass wir immer noch die Möglichkeit in der Begrenzung beziehungsweise Stadtsenat und Gemeinderat was zu tun. Aber jetzt, wie gesagt, komme ich auf den Antrag zu sprechen dann. Für uns als Fraktion oder für beide Fraktionen, die ja nicht im Stadtsenat vertreten sind, ist natürlich der Kontrollausschuss ein sehr wichtiges Instrument, wobei es uns natürlich so ein bisschen geht wie den Pathologen. Wir

kommen ja erst immer zum Schluss, wenn schon sozusagen das Opfer oder die Magistratsabteilung oder die Sachen, die eben geprüft werden, daliegen am Seziertisch des Dr. Riegler und der gibt uns dann halt den Bericht dann, im Spiel sind wir ja nicht dabei dann. Aber grundsätzlich natürlich positiv, wobei ich natürlich glaube, dass schon der Inhalt zu überlegen wäre, weil wenn man es ganz konsequent durchdenkt, oder zumindest so, wie ich den dringlichen Antrag gelesen habe, würde der Kontrollausschuss ja, wenn es nach dem System der Vorsitzenden geht, jetzt nur mehr aus fünf Personen bestehen. Dann sitzen fünf drinnen und fünf sind nicht stimmberechtigt oder sind dann Kontrollausschussmitglieder h.c. oder wie, da glaube ich, muss man schon das genau überlegen, was man machen soll und wenn, dann muss man auch den Mut haben und sagen, dann besteht der Kontrollausschuss wirklich nur mehr aus soviel Fraktionen. Theoretisch kann es ja auch nur mehr drei Fraktionen geben oder es kann nur mehr zwei Fraktionen im Haus geben, dann besteht der Kontrollausschuss nur mehr aus zwei Mitgliedern. Also da müsste man sich schon sehr überlegen, wie es da weitergehen sollte und das ist mir noch zu wenig in diesem Antrag herausgearbeitet. Aber grundsätzlich sind wir natürlich für eine Stärkung der Rechte, die ja im Kontrollausschuss sich ja äußern, sonst sind ja unsere Rechte in diesem Haus, wie wir immer wieder leider feststellen müssen bei dringlichen Anträgen usw., wo wir mit großer Regelmäßigkeit niedergestimmt werden, ja sehr bescheiden und im Kontrollausschuss gibt es ja doch die Möglichkeit eben zu wissen. Wobei, das muss ich ehrlich sagen und das sage ich auch ganz offen, mir ist jetzt der Kontrollausschuss fast zu transparent, weil es ist nicht sehr angenehm als Mitglied des Kontrollausschusses oder stellvertretender Vorsitzender in der Zeitung schon zu lesen den Bericht, der zwei Tage später dann im Kontrollausschuss ist.

Zwischenruf GRin. Krامل: Das war immer gleich.

Mag. **Korschelt**: Aber das ist schon ein bisschen komisch. Zumindest früher war es wenigstens so, dass es zuerst der Kontrollausschuss gehabt hat, aber so arg wie

jetzt, dass es jetzt so teilweise hausinterne oder magistratsinterne Abteilungen und Zeitungen weitergeben, so war es früher nicht. In der Periode bin ich jetzt die erste Periode drinnen, aber es war immer so, dass es frühestens dann so war, dass eben an den Kontrollausschuss der Bericht ausgeteilt wurde und dann hat das Wettrennen stattgefunden, wer gibt es als erstes an eine Zeitung, aber jetzt ist es so, dass es jetzt schon in der Zeitung steht und am Dienstag Kontrollausschuss ist, dann steht es am Samstag schon in der Zeitung, was uns eigentlich erwartet. Also diese Transparenz möchte ich nicht haben, es sollte zumindest so sein, dass wenn das Amt Prüfungen durchführt, dass es zuerst einmal die Mitglieder des Kontrollausschusses kriegen und dann erst die Öffentlichkeit und nicht wie es jetzt eben umgekehrt läuft, dass es zuerst die Öffentlichkeit und dann kriegen wir es als Mitglieder. Aber grundsätzlich stimmen wir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zu, wobei wir aber anmerken möchten, dass der Inhalt schon zu überarbeiten ist. Danke.

GR. **Herper:** Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Immer wenn die Lisa Vorstöße macht, finde ich das interessant, sage ich einmal, intellektueller Charme ist immer bei dir mit dabei, ich finde das jetzt ganz interessant und belebend. Sehr breit hat sich schon der Kollege Peter ausgebreitet und den Obduktionsbefund hat der Kollege Harald Korschelt gegeben, klarerweise ist es so, dass es jetzt vor der Schlussphase, vor der nächsten Gemeinderatswahl offensichtlich nicht mehr möglich war, ein Gesamtpaket zu schnüren. Unterschiedliche Zugänge der Fraktionen sowohl innerhalb der Regierungsparteien als auch innerhalb der Opposition und untereinander waren nicht möglich, ein Gesamtpaket zu schnüren, schon das letzte Mal gab es einen Vorstoß, jetzt einen neuerlichen, wir sind der Ansicht, das muss ein Gesamtpaket sein. Die Minderheitenrechte sind zu stärken, gar keine Frage, Opposition muss mehr Recht zugebilligt werden, es muss auch ein neues Regulativ im Statut eingeführt werden, was die Stadtregierung betrifft und den Gemeinderat, gar keine Frage. Aber das müssen wir in einem Gesamtpaket abhandeln, ich bin auch sehr froh, dass im Land jetzt die Initiative ergriffen wurde von den beiden Regierungsparteien, dies zu einer vorrangigen Behandlung zu machen, deswegen meine ich, die nächste Tätigkeit wird sein für den kommenden neu zu wählenden

Gemeinderat den zuständigen Ausschüssen der nächsten Funktionsperiode ein solches Gesamtpaket zu schnüren in Richtung Land gemeinsam in Abstimmung mit dem Land, deswegen können wir trotz allem Anreiz, den du uns bietest, liebe Lisa, mit deinem Vorschlag einem Teilbeschluss nicht zustimmen und deswegen können wir der Dringlichkeit nicht die Zustimmung geben. Danke.

GRin. **Rücker:** Es ist interessant, mit euch über Demokratie zu diskutieren. Ich denke, das ist genau der Punkt, das in diesem Statutenarbeitskreis, Redaktionskomitee, das war auch immer der Punkt der Grünen, das so kritisiert worden ist, dass in die Tiefe von demokratischen Fragen in dieser Stadt eigentlich nicht weiter diskutiert worden ist, immer an der Oberfläche, wo es um Zahlen von Mitgliedern, von Regierungen oder von Gemeinderäten gegangen ist, weil es dann wirklich um die tiefgreifenden Diskussionen über Stadtdemokratie, Bezirksdemokratie oder so gegangen wäre, leider immer wieder das Demokratieverständnis und auch die Bereitschaft, näher sich darüber auseinander zu setzen, endenwollend ist. Was ich nicht ganz verstehen kann, ist vom Kollegen Piffel-Percevic der Vorwurf, wir wollen uns die Rosinen herauspicken, ich denke mir, wir wollen einfach eine Möglichkeit haben, Kontrolle effizient umzusetzen, das hat nichts mit Rosinen herauspicken zu tun, das ist nämlich auch ein komischer Demokratiebegriff, wenn man das so umdefiniert, muss ich schon einmal sagen. Zum Herrn Korschelt, es steht: eine Stimme, nicht ein Mitglied, wie man diese Form findet, das ist natürlich eine Herausforderung, deswegen auch die Befassung für das Redaktionskomitee, aber es geht uns einfach darum, sonst sagt hat man halt, mindestens eine Stimme, aber dann soll es wenigstens mindestens gleichviel Stimmgewicht, das könnte man so auch ausdrücken, aber gemeint war, dass es eine Gleichverteilung der Stimmkraft gibt zwischen den verschiedenen Fraktionen, egal ob sie in der Regierung sind oder in der Opposition, das war die Aussage dahinter, war vielleicht nicht ganz glücklich formuliert, aber doch nicht als Mitglieder definiert. Die Unfairness dem Wähler gegenüber verstehe ich auch nicht ganz, aber das wird mir vielleicht der Herr Piffel-Percevic bei anderer Gelegenheit einmal erklären, was ich traurige finde, ist eben das Ergebnis eigentlich des Redaktionskomitees, die Statutenreform insgesamt, das eigentlich keines ist.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Mehr Mut.

GRin. **Rücker:** Ja, mehr Mut wirklich, um die konkreten Demokratiefragen in dieser Stadt zu diskutieren und nicht an plakativen Dingen hängen zu bleiben, die man nach außen verkauft als Demokratiereform, aber die eigentlich nicht wirklich an die Substanz gehen und da gäbe es einige Ansatzpunkte, das ist einer davon, aber es gibt ganz viele andere und die Grünen haben dazu auch sehr konkrete Unterlagen immer wieder beigebracht und Vorschläge, wo es um mehr gegangen ist als um die reine Frage der Reduktion. Also zu sagen, die Grünen hätten sich nicht eingebracht, ist nicht richtig.

Zwischenruf Dr. Piffl-Percevic: Aber dieser Vorschlag ist neu.

GRin. **Rücker:** Stärkung der Oppositionsrechte war immer ganz klar bei uns drinnen und das ist auch ein Beitrag in diese Richtung. Also dann, wir werden das Thema nicht aufgeben, schaut so aus, als würde es in dieser Periode womöglich nicht mehr soweit sein, aber wir werden uns da natürlich nicht zurücknehmen. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) FußgängerInnenverkehr

GRin. **Rücker** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag.

GRin. **Rücker**: Nachdem momentan alle das Thema Verkehr entdeckt haben in dieser Stadt, das heißt alle haben erkannt, dass in dieser Stadt ein echtes Verkehrsproblem besteht, das ist höchste Zeit, interessant, dass es manche immer erst vor der Wahl entdecken und dann wieder schnell vergessen, aber für uns Grüne ist es immer ein Thema und wir sehen vermehrt, dass eine bestimmte Gruppe von Menschen in dieser Stadt immer wieder übersehen wird, wenn vom Verkehr die Rede ist; bewegen tun sich in der Stadt nicht nur Leute mit vier Rädern oder mit zwei Rädern oder mit drei Rädern, sondern auch Menschen mit ihren Beinen, zu Fuß gehen ist ein ganz ein wesentliches Qualitätskriterium in einer Stadt. Zu Fuß gehen können, ohne gehetzt zu sein und in eine Hektik zu geraten ohne sich unsicher zu fühlen, zu Fuß gehen, ohne ständig den Eindruck zu haben, man erstickt dabei. Also all diese Dinge würden, wenn sie positiv zu beantworten wären, würde ein gutes Zeugnis für eine gute Lebensqualität in dieser Stadt abgeben. In anderen Städten hat man das schon länger erkannt, auch die demographische Entwicklung sollte uns in Graz umdenken lassen, weil die Demographie wird ja viele Fragen immer wieder als Argument herangezogen, gerade für die Frage, wie begehbar eine Stadt ist für zu Fuß Gehende, vielleicht auch für langsam Gehende, dafür schwerer Gehende, ist eine der Herausforderungen der Städte und eben auch eine wesentliche Herausforderung in dieser Stadt. Derzeit haben wir immer noch die Situation, dass viele Menschen konfrontiert sind mit schmalen, schlecht beleuchteten Gehwegen, direkt neben dem starken Verkehr vorbeigehen müssen, einigen Barrieren begegnen in der Stadt, immer noch nicht alle Gehsteigkanten begradigt sind, unüberwindbare Stufen, parkende Autos, insbesondere möchte ich auf die Situation in der Innenstadt, in der Fußgängerzone hinweisen, wo wir eigentlich eine Fußgängerzone haben, wo aber in der Lieferzeit bis 11.00 Uhr der Eindruck entsteht, dass ungefähr 50 % der abgestellten Autos Privatautos sind, wo schnell jemand einen Kaffee trinken geht, das kann man direkt beobachten, also auch hier Barrieren in der Herrengasse und in der Innenstadt, die nicht notwendig sind, durch zu viele Autos. Für Menschen mit Gehbehinderung, für Menschen, die mit Kinderwägen unterwegs sind, wissen wir, ist es noch einmal schwieriger. Ein Problem, das immer wieder auftaucht, wenn man

privat redet, wenn man mit betroffenen Menschen redet, die an uns herantreten, ist die Frage, wie komme ich über die Kreuzung? Wie wir alle wissen, sind die Ampelschaltungen leider oft so, dass man relativ schnell ins Hetzen kommt und uns passiert es doch allen regelmäßig, dass wir immer noch bei Rot auf der Kreuzung befinden und damit der Druck entsteht, aber auch die Reaktion der Autofahrer ist, sobald du bei Rot auf der Straße bist, wirst du angehupt, wirst du gedrängt etc., also da gibt es eine Situation, die ziemlich stressbeladen ist für Schulkinder, aber eben für Menschen, die sich unsicher fühlen. Dazu zähle ich eben insbesondere auch ältere Menschen. Der Leopold Rosenmayr, einer der unbestritten wichtigsten Altersforscher in Österreich, meint dazu: „Bevor sich ältere Menschen dem unerbittlichen Straßenverkehr aussetzen, bleiben sie oft lieber zu Hause.“ Als Teilhabe am öffentlichen Leben ist für alte Menschen auch davon abhängig, wie sicher sie sich im öffentlichen Raum fühlen. Also Verkehr ist nicht nur eine Frage von Luft und Platz, sondern eben auch von Sicherheit, das sollte als die Sicherheitsfrage in dieser Stadt erkannt werden und als die wesentlichste Sicherheitsfrage neben all den anderen hochgepuschten Sicherheitsfragen, die wir hier immer wieder haben. Rosenmayr sagt weiter „Der technologische Ansatz der Flüssigkeit des Verkehrs – dieser Fetisch – muss hinterfragt werden...“ Das heißt etwa die Berücksichtigung der Schrittgeschwindigkeit älterer Menschen zum Beispiel bei den meist viel zu kurzen Ampelphasen für Gehende. Technische Verkehrsflüssigkeit, die immer wieder als Argument gebracht wird, wenn es um die Ampelschaltungen geht, und menschliche Verkehrssicherheit schließen sich gegenseitig aus, die sind nicht identisch, das heißt, die Sicherheit wird nicht erhöht, wenn der Verkehr flüssig ist und das ist aber immer noch das Argument, das vorgeschoben wird.

Und genau da wollen wir einhaken. In Graz ist dank der sehr regen Abteilung für barrierefreies Bauen schon sehr viel passiert. Wir wissen, dass die Ampelschaltungen schon ziemlich flächendeckend mit akustischen Signalen ausgestattet sind, dass das Blindenleitsystem stetig weiter ausgebaut wird. Was aber noch immer für viele FußgängerInnen problematisch ist, sind die überdurchschnittlich langen Wartezeiten einerseits an den Ampeln, auf der anderen Seite die ganz kurzen Überquerungsfristen an ampelgeregelten Übergängen. Beide Kriterien sind wesentliche Faktoren für Stress, subjektives Unsicherheitsgefühl und Unfallhäufigkeit bei FußgängerInnen. 2002 gab es eine Studie vom KfV, Kuratorium für

Verkehrssicherheit, dass 25 % der Betroffenen die Straße bei Rot kreuzen, weil ihnen die Wartezeit zu lange ist. Während in der Regel eine durchschnittliche Wartezeit von 40 Sekunden als fußgängerInnenfreundlich angenommen wird, stehen Grazerinnen und Grazer oft bis zu 90 Sekunden ungefähr im Schnitt an der roten Ampel. Hinzu kommt, dass die Zeit, die den Menschen zum Überqueren von Straßen gewährt wird, oft viel zu kurz ist. Dazu gibt es eine Richtlinie, die einen Spielraum annimmt von einem Meter bis 1,5 Meter pro Sekunde, in Graz gibt es die interne Richtlinie 1,2 Meter pro Sekunde, aber diese Richtlinie wird unterschiedlich angewendet. Bei stark befahrenen Kreuzungen wird sie zu Ungunsten der FußgängerInnen zurückgenommen, das heißt, dort wird sie eher in Richtung 1,5 verkürzt, das heißt, die Überquerungszeit für FußgängerInnen bei stark befahrenen Kreuzungen ist im Sinne der Verkehrsflüssigkeit geringer und damit aber auch genau dort an den gefährlichen Stellen wesentlich gefährdender. Was an zahlreichen Übergängen eben dazu führt, dass das Erreichen der gegenüberliegenden Straßenseite innerhalb der Grünphase - auch für Menschen, die gut zu Fuß sind - unmöglich wird. Die, das sage ich da herinnen auch noch einmal bewusst, die am stärksten belasteten Kreuzung diesbezüglich, auch am kürzesten geschaltet, ist oben beim Bahnhof, nur dass ihr wisst, das ist ECE und Verkehrssituation dort, sage ich so nebenbei. Zu Fuß gehen wird also in Graz an vielen Stellen vor allem für ältere Menschen und Kinder zur stressbehafteten, hektischen und belasteten Fortbewegung. Ist auch eine Frage der Gesundheitsvorsorge, da gibt es viele Themen, die man damit abhandeln könnte oder viele Themen, die man damit auch lösen könnte, wenn man einfach sieht, wo man ansetzen kann, um Menschen zum Beispiel ein stressfreieres Leben zu ermöglichen.

Also es ist an der höchsten Zeit, dass die Stadtverantwortlichen hier aktiv werden und die Bemühungen um die sanfte Mobilität, die es ja in Graz historisch zumindest immer wieder gegeben hat, aber inzwischen leider sehr historisch betrachtet, die aber jetzt wieder groß in aller Munde ist, dass die man auch ernsthaft umsetzt und da könnte man eben bei dieser Frage der Ampelschaltungen ganz konkret ansetzen. Kleiner Aufwand, enorm große Wirkung.

Der Gemeinderat möge beschließen,

die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt,

1. sämtliche ampelgeregelten FußgängerInnenübergänge im Stadtgebiet auf ihre BenutzerInnenfreundlichkeit, nämlich die Umlaufzeit, die Umlaufzeit ist die Zeit wie geschaltet wird, wie lange eine Wartezeit entsteht für die jeweiligen VerkehrsteilnehmerInnen und Dauer der Grünphasen hin bezirksweise zu evaluieren,
2. dabei insbesondere jene Übergänge auszuweisen, die eine Berechnungsgrundlage für die Querungszeit von mehr als 1,2 Meter pro Sekunde, also dort, wo es besonders schnell geschaltet ist und eine Wartezeit von über 40 Sekunden aufweisen,
3. die Ergebnisse der Evaluierung zusammen mit Vorschlägen für fußgängerInnenfreundliche, das heißt eine Bevorzugung von FußgängerInnen, also eine Entscheidung letztendlich dann womöglich auch herbeizuführen, dass man sagt, nicht immer ist die Flüssigkeit des Verkehrs erstes Ziel, sondern die Sicherheit der Menschen, die sich hier zu Fuß bewegen oder auch mit dem Fahrrad, und örtlich bedarfsorientierte Ampelschaltungen dem Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung bis Oktober dieses Jahres zur Diskussion vorzulegen.

Ich ersuche um Annahme.

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger** zur Dringlichkeit: Wir stimmen diesem Antrag und natürlich im Vorlauf dazu auch schon der Dringlichkeit zu. Anders als die Grünen im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um einen autofreien Tag ist uns doch die inhaltliche Auseinandersetzung mit diesen Dingen des Verkehrs doch sehr wichtig und wir machen da kein wahltaktisches Hickhack daraus und ersuchen auch, bis zum letzten Tag vor den Wahlen inhaltlich und substantiell etwas weiterzubringen (*Applaus SPÖ*). Ich habe eher schon den Eindruck, wenngleich die Plakate durchaus charmant sind, dass die Grünen schon auch auf Wahlkampf umgestellt haben, aber wenn es sinnvolle Vorschläge gibt, wir stimmen da immer zu (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Vizebürgermeister, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Inhaltlich ist an und für sich sehr schwer was gegen diesen Antrag zu sagen, das heißt, es spricht sehr viel für diesen Antrag. Aber es sind zwei Dinge, die mich eigentlich sehr stören, wenn ich ehrlich bin, bei diesem Antrag und die möchte ich gerne kurz ausführen. Der erste Einwand betrifft ganz konkret eine Äußerung von dir, Lisa Rücker, und zwar das soll man doch endlich machen, kleiner Aufwand, große Wirkung. Wir erleben das hier immer wieder, dass über dringliche Anträge eben kein kleiner Aufwand an die Abteilungen weitergegeben wird, sondern ein Riesenaufwand. Zu glauben, dass etwa die Evaluierung oder die Umstellung von einer Grünzeit auf einem Zebrastreifen von 25 Sekunden auf 29 Sekunden ein kleiner Aufwand ist, ist ein sehr, sehr großer Irrtum. Und zwar ganz egal, ob das jetzt einmal gut oder schlecht geregelt ist, sondern einfach vom Aufwand her. Wir haben in Graz zirka 200 Ampeln, davon sind insgesamt über 100 Ampeln in mehreren Bereichen zusammenschaltet. Wir haben ein neues System, das ist das System Motion etwa von der Elisabethstraße entlang des gesamten Glacis bis zur Radetzkybrücke und hier eine Grünzeit zu verändern, was selbstverständlich möglich ist und was man auch tun muss, wenn es erforderlich ist, aber zu glauben, das ist ein kleiner Aufwand, da kann ich nur sagen, das ist eine Programmänderung für diesen gesamten Netzteil. Und da muss ich schon sagen, da finde ich das schon auch etwas kühn zu sagen, bis Oktober sollen nicht nur alle Grünphasen dargestellt werden, das ist kein Problem, denn selbstverständlich sind alle Grünphasen festgehalten, es gibt genaue Softwarepläne, das ist kein Problem. Sie zu bewerten, ist schon etwas schwieriger, aber dann Lösungsvorschläge vorzubereiten und sie dann eben auch hier bis im Oktober dieses Jahre vorzulegen, das finde ich nahezu vom Arbeitsaufwand, ich will nicht sagen unzumutbar, aber es ist eine Riesenarbeit, die hier auf die Abteilung für Verkehrsplanung und auch auf das Straßenamt, in dem auch die Ampelregelung dabei ist, aufgetragen wird. Das ist das eine, was mich dabei stört, dass das einfach so locker gesagt wird und auch beauftragt werden soll. Und das Zweite ist ein bisschen eine persönliche Bemerkung und zwar ist aufgefallen, Lisa Rücker bei deiner Wortmeldung, dass da nach meinen Informationen sehr viel unmittelbar auch von der Wortgebung her Ergebnis einer Konsenskonferenz der Planungswerkstatt ist. Jetzt ist das ein bisschen eine gespaltene Sache, auf der anderen Seite denke ich, ist das sehr positiv und durchaus zu unterstützen, wenn Ideen, die aus der Planungswerkstatt kommen,

dann unmittelbar auch in der politischen Diskussion Niederschlag finden, wir kennen das ja bereits seit einiger Zeit, etwa im Gewässerbereich. Aber es ist auf der anderen Seite, denke ich, auch durchaus zu überlegen, wie weit man nicht auch ein bisschen die Leute, die in der Planungswerkstatt drinnen sind, in der Konsenskonferenz vergewaltigt, denn die Konsenskonferenzen sind noch nicht abgeschlossen, sie werden im Sommer abgeschlossen und dann wird ein Maßnahmenpaket sein, das dann gemeinsam mit den Beamten bearbeitet werden soll und durchleuchtet werden soll, was davon umgesetzt werden kann oder nicht, das heißt, wir sind mitten in der Diskussion und jetzt werden Vorschläge herausgenommen, werden als Stichworte in die politische Diskussion hier hereingebracht. Da bin ich mir nicht ganz so sicher, ob sich tatsächlich alle Leute, die in der Konsenskonferenz drinnen sind, sich wirklich freuen. Vor diesem Hintergrund, nämlich dass das ein zentrales Thema einer Konsenskonferenz ist und dass dieses Thema im Sommer in der Konsenskonferenz abgeschlossen ist und danach eben, wie schon erwähnt, mit den Beamten besprochen wird, ist aus meiner Sicht die Dringlichkeit jedenfalls nicht gegeben. Das heißt, die ÖVP wird bei der Dringlichkeit jedenfalls nicht mitstimmen (*Applaus ÖVP*).

GRin. Dr. **Sickl**: Liebe Lisa! Wir können dem Antrag inhaltlich zustimmen, weil wir sehen, dass Benutzerfreundlichkeit beziehungsweise ampelgeregelte FußgängerInnengang betreffend Benutzerfreundlichkeit zu evaluieren, ist immer sinnvoll, wir können allerdings uns auch nicht anschließen, dass das eben bis Oktober sein soll. Es ist bereits viel im Gange, so wie wir das gerade gehört haben vom Herrn Stadtrat Rüschi, daher werden wir Freiheitlichen der Dringlichkeit nicht zustimmen, aber sehr wohl dem Inhalt mit der Einschränkung, dass eben der Oktober für uns auch nicht machbar ist, weil das eben wirklich große Anstrengungen sind beziehungsweise einfach, dass man eben viel Zeit investieren muss, damit man hier einen ordentlichen Bericht macht. Danke.

GRin. **Rückert**: Lieber Kollege Rüschi, die Konsenskonferenz muss ich gleich aufgreifen. Also das ist witzig, dass du kommst mit der Konsenskonferenz, das

stimmt, wir haben über das auch diskutiert, neben vielen guten Vorschlägen, die aber bitte sehr, ...du kannst uns Grünen zutrauen, dass wir selbst auch auf Ideen kommen und dafür keine Konsenskonferenz brauchen als erstes und zweitens, glaube nicht, dass das ein reserviertes Gebiet ist, wenn dort das Bedürfnis auch ganz stark geäußert wurde, für FußgängerInnen was zu tun, dann hat das nur bestätigt, dass man in diese Richtung ganz stark was tun muss. Aber das ist für Grüne schon lange ganz klar, dass sanfte Mobilität ernst genommen werden muss und dass das auch manchmal Entscheidungen braucht, die halt in eine Richtung getroffen werden, um das eine zu bevorzugen und dafür das andere nicht mehr zu bevorzugen. Und offensichtlich ist es in den letzten Jahren ganz gut gelungen, in Richtung Flüssigkeit des Verkehrs Ampelschaltungen umzustellen. Warum soll es nicht auch in Richtung der Sicherheit der Menschen wieder gelingen, Umstellungen vorzunehmen. Vielleicht war ich ein bisschen naiv, weil ich mir gedacht habe, inzwischen ist sehr viel da in dem Bereich computergesteuert und man kann sehr viele der Informationen, die man in diese Evaluierung braucht, auch direkt vom Computer abziehen, vielleicht habe ich mich da überschätzt, wenn du beschreibst, das ist enorm kompliziert, dann würde ich mich da gerne noch genauer informieren, was da wirklich so kompliziert ist. Die Umstellung dann vorzunehmen und dafür Lösungen zu finden, das glaube ich schon, dass das kompliziert ist, weil ja ganz viele Zusammenhänge laufen an so Ampeln und jeder Ampelstrang mit dem nächsten verknüpft ist, das ist mir schon klar, aber so das herauszufinden, wo die neuralgischen Punkte sind, wo es problematisch ist für FußgängerInnen, wo es besonders problematisch ist, also das hätte ich mir gedacht, dass das möglich ist in einer computergesteuerten Zeit, in der wir leben. Konsenskonferenz, wie gesagt, wundere ich mich, dass du das sozusagen als Vorwurf verwendest, wo man doch froh sein kann, dass dort gute Dinge entwickelt werden, aber das ist jetzt nicht dort abgekupfert, sondern wir Grünen haben schon selbst unsere Ideen und müssen dafür nicht in die Konsenskonferenz gehen. Aber wir sehen, dass ganz viele Bedürfnisse, das kann ich da herinnen schon ganz klar sagen, in dieser Konsenskonferenz Fußgehen und Radfahren ganz stark dem entsprechen, wo wir schon jahrelang predigen, in diese Richtung muss die Verkehrspolitik gehen. Also das ist sehr interessant. Schön, dass das dann vielleicht ein breiter Konsens politisch einmal wird, dass hier eine klare Entscheidung für weniger Autos und mehr Lebensqualität getroffen wird in dieser Stadt. Das wäre ein schönes Ergebnis und wenn man da gemeinsam als Konsenskonferenzergebnis das

sehen können, dann ist das auch ein gemeinsames Ergebnis und nicht nur das des Herrn Rüschi, muss ich dazusagen. Ich finde es schade, dass ihr euch nicht drübertraut, das anzuschauen, über den Oktober hätten wir reden können, wenn es geheißen hätte, es ist nur bis November möglich, dann wäre es ein Monat mehr gewesen, wichtig wäre einmal gewesen hinzuschauen, an welchen Punkten hapert es...

Zwischenruf StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi: Bis Februar.

GRin. **Rücker:** Bis Februar ist möglich. Wenn es dann umgesetzt wird, aber das können wir ja jetzt nicht sagen, wie die neue Stadtregierung ihre Schwerpunkte setzen wird. Aber einen Eindruck zu gewinnen im Verkehrsausschuss einmal, wie ist die Situation derzeit, wo sind die heißen Punkte, das wäre, denke ich, durchaus im Herbst möglich und auch wenn der dringliche Antrag nicht durchgeht, dann wünsche ich mir, dass von dir als Verkehrsstadtrat und auch von deiner Abteilung, auch wenn ich weiß, dass wir natürlich als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte manchmal Arbeit machen, aber nicht immer die sinnloseste, möchte ich dazusagen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8) Reininghausgründe

GRin. **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um ein sehr spannendes Projekt in dieser Stadt, eigentlich ein Jahrhundertprojekt, es geht um die Reininghausgründe, Sie alle werden wissen, da geht es um eine Größenordnung so groß wie die gesamte Innenstadt, hier soll ein zweites Stadtzentrum entstehen. Sehr interessante Vorüberlegungen in vielen, vielen Gesprächen haben stattgefunden. Immerhin sind die Reininghausgründe die größte zusammenhängende Fläche innerer Stadterweiterung und diese Reininghausgründe bieten natürlich enormes Potential. Auf diese städtebauliche Geschichte will ich aber heute gar nicht so sehr eingehen, sondern auf einen nicht minder wichtigen Aspekt, nämlich den Aspekt des öffentlichen Verkehrs dort. Gerade jetzt gibt es Bestrebungen für einen weiteren Grundsatzbeschluss zum Straßenbahnausbau, er ist vorgestellt worden beim letzten Ausschuss, aber was ich sehr vermisse dabei, ist, dass gerade für jene Gebiete im Westen, also für diese Reininghausgründe, wo tausende Menschen dann ihre Wohnung finden werden, Arbeitsplätze finden werden, aber natürlich geht es nicht nur um dieses Zentrum, sondern auch um das Gebiet zwischen den beiden Zentren, also Altstadt und das neue Zentrum, wie immer es heißen wird. Für dieses Gebiet bedarf es eines klugen, sehr ausgetüftelten Plans, wie denn dort die Menschen mit dem öffentlichen Verkehr angebunden werden können. Das ist das eine, das andere ist, wie kann man dort auch Überlegungen eines autoarmen Stadtteils einbringen, wie kann man Überlegungen für Fußwege, Lisa Rücker hat jetzt gerade einen Antrag eingebracht, wie kann man für Radwege Vorkehrungen treffen und gerade das fehlt mir aber in dem, was jetzt vorgelegt wurde als Information für diesen Grundsatzbeschluss zum Straßenbahnausbau.

Daher stelle ich heute den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen,

die zuständigen Stellen der Stadt werden beauftragt, sowohl die ÖV-Erschließung der „Reininghausgründe“ bei der Tram-Prioritätenreihung zu berücksichtigen als auch ein Verkehrskonzept für FußgängerInnen, RadlerInnen, ÖV und Straßen natürlich, für

diesen Bereich zu entwickeln und einen entsprechenden Entwurf dem Gemeinderat noch in dieser Gemeinderatsperiode zur Kenntnis zu bringen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Es gilt im Wesentlichen das Gleiche, wie schon beim Antrag vorhin gesagt zu den Fußgängern, die SPÖ hat sich nie inhaltlich sinnvollen Anträgen verweigert. Vielleicht ein Unterschied zu anderen Fraktionen, wo halt doch wahltaktische Überlegungen manchmal im Vordergrund stehen, deswegen ja zur Dringlichkeit, ja zum Inhalt, es soll aber schon auch angemerkt werden, dass auch unser Vertrauen der Abteilung für Verkehrsplanung gilt, ich glaube, dass dort mit Unterstützung vom Büro Hüssler in Zürich sehr gute Vorarbeit, gerade zur Erschließung auch der Reininghausgründe, was die Straßenbahn betrifft, geleistet wurde, also hier wird schon in die richtige Richtung gearbeitet, aber es gilt immer wieder, Druck und Dampf zu machen, damit hier schneller etwas vorangeht, damit nicht das eintritt, was so manchmal bei Stadtteilentwicklung passiert ist in Graz, dass nämlich der öffentliche Verkehr und seine Erschließung beziehungsweise Radverkehr erst im Nachhinein passiert. Ich glaube, hier sollten wir schnell sein und wie wir uns das auch vorgenommen haben, sowohl die Südwestlinie als auch die Nordwestlinie als auch die Innenstadtentflechtung und diese Erschließung der Universität Graz, wie eben diskutiert im letzten Verkehrsausschuss, innerhalb der nächsten zehn Jahre wahrhaft eine Titanenarbeit, aber es ist machbar, auch wirklich zu realisieren. Danke.

GR. **Mayr**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie der Kollege Getzinger schon gesagt hat, auch unser Vertrauen in die Verkehrsabteilung ist sehr groß. Wir bringen es dadurch zum Ausdruck, indem wir sagen, der Inhalt ist natürlich wichtig, wird auch bearbeitet, ich werde dann einiges noch dazu sagen, die Dringlichkeit ist aus unserer Sicht, ich argumentiere das gleich, nicht gegeben. Wie stellt sich die Situation dar? Kollege Getzinger ist ja schon kurz darauf eingegangen, nach der Studie von Hüssler ist natürlich gerade der Grazer Südwesten auch genau betrachtet worden, es spricht nichts dagegen, aber es ist

jetzt nicht die unmittelbare Dringlichkeit, natürlich auch das Thema Reininghausgründe in die Gesamtüberlegung noch einmal genau mit einzubeziehen. Man muss nur schon sehr darauf schauen, dass in der Studie von Hüssler natürlich die wesentlichen Fahrgastströme und Fahrgastpotentiale schon sehr genau berücksichtigt worden sind. Dass es ein Verkehrskonzept für die Reininghausgründe gibt und geben wird und in Ausarbeitung sein wird, wenn das Nutzungskonzept endgültig feststeht, ist sowieso keine Frage und dass es hier natürlich auch um die FußgängerInnen, RadfahrerInnen und natürlich auch um den ÖV geht, ist keine Frage. Nicht zu vergessen ist ja, dass in diesem Gebiet ja schon auch einiges passiert ist. Ich möchte an die GKB-Unterführung erinnern, an den Kreisverkehr, das ist jetzt nicht etwas für FußgängerInnen, für RadfahrerInnen nur bedingt, aber zum Beispiel auch der Radweg Alte Poststraße. Und insofern ist die Verkehrsabteilung am Arbeiten, es ist natürlich auch wichtig, hier den zeitlichen Zusammenhang mit der Entwicklung und mit der Festlegung der endgültigen Nutzung der Reininghausgründe zu sehen. Aus diesem Grund ist der Antrag für uns jetzt nicht unmittelbar dringlich, wir werden aber dann dem Inhalt zustimmen.

GR. **Lozinsek:** *(Begibt sich nicht zum Rednerpult)* Wir können uns den Ausführungen von Kollegen Mayr vollinhaltlich anschließen, auch für uns ist dieser Antrag derzeit nicht dringlich, erst dann, wenn man weiß, was hier genau passieren soll und wird, dann wird es natürlich auch notwendig sein, entsprechende Verkehrskonzepte vorzulegen.

GRin. **Binder:** Es ist immer dasselbe irgendwie. Wenn ich was zum Verkehr sage, der Peter Mayr kommt heraus und wird natürlich Gegenposition einnehmen, es ist eh recht interessant dieses Spiel. Wenn hier gesagt wird, dass es keine Dringlichkeit gibt, das ist ja von mehreren jetzt behauptet worden, dann bin ich natürlich schon sehr überrascht insofern, als ich mir denke, muss in Graz das immer auf dem selben Klavier gespielt werden, muss es immer den selben Lauf haben, wir kommen zu spät und dann wird etwas gebaut, dann nachträglich kommt man drauf, ach ja, das und

das wäre noch notwendig, dann fangen die mühevollen elendlangen Besprechungen und Verhandlungen an, dann kommt nichts heraus oder es kommt doch etwas, aber erst nach vielen Jahren heraus. Mittlerweile haben wir eine Verkehrssituation, die die Lebensqualität immer mehr einschränkt. Also ich verstehe die Logik nicht. Der Stadtrat Rüschi hat mir erklärt in einer der kurzen Gespräche zwischendurch heute, es wird ja ohnehin daran schon gearbeitet. Na ja dann zeigt er ja eh selber, dass es dringlich ist und dann sage ich, ja super, wenn eh jetzt schon daran gearbeitet wird. Dann scheint da ja eine neue Qualität vielleicht Bahn zu brechen, ganz glaube ich es nicht und verstehe auch nicht, warum die ÖVP jetzt bei diesem Antrag der Dringlichkeit nicht zustimmen kann. Also diese Art, wir werden schon und wir tun schon und es wird schon, also die bringt uns immer in ein Schlamassel oder hat uns zumindest sehr oft in ein Schlamassel gebracht. Ich danke all jenen, die der Dringlichkeit zustimmen können und dem Inhalt zustimmen können. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9) Alkohol und Drogen im Grazer Stadtpark

GRin. Dr. **Sickl** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. **Sickl**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeisterstellvertreter! Mein Antrag betrifft auch ein Alkoholthema und zwar dem Alkohol im Grazer Stadtpark (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Gerade in den Sommermonaten treibt es viele Grazerinnen und Grazer ins Freie. Ein beliebter Ort ist dabei der Grazer Stadtpark. Nun sollte diese Grünoase für alle Grazerinnen und Grazer jeden Alters ein Ort der Erholung sein. Niemand sollte

ausgeschlossen sein, Kinder, Jugendliche, Sportler, Pensionisten und selbstverständlich auch Touristen haben ein Recht darauf, den Stadtpark grundsätzlich so zu nutzen, wie es ihnen beliebt. Ein Nebeneinander muss unter Einhaltung gewisser Vorschriften und Regeln, wie etwa dem Leinen- und Maulkorbzwang für Hunde, dem Radfahrverbot oder anderen normativen oder moralischen Beschränkungen möglich sein.

Allerdings wird die Mehrheit derzeit von einer Minderheit, nämlich von alkoholisierten Jugendlichen, an der freien Benützung des Grazer Stadtparks gehindert. Viele meiden bereits den Park, haben nicht nur in den Abendstunden Angst, sondern haben auch tagsüber zumindest ein mulmiges Gefühl und müssen unter den Auswirkungen des Alkoholkonsums leiden. Parkbänke sind verschmutzt, Blumenbeete zerstört, die Wege mit Scherben übersät, Erbrochenes, leere Flaschen und Dosen, alles das bietet ein unansehnliches Bild und die Grazerinnen und Grazer vermeiden den Besuch des Parks.

So wie wir uns gerne den oben angeführten Pflichten wie Leinenzwang für Hunde oder Radfahrverbot unterwerfen, sollten wir uns auch einem allgemeinen Alkoholverbot unterwerfen, so wie dies bereits in der Mondscheingasse geschehen ist.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz ersucht den dafür zuständigen Stadtrat, in die bereits in Gange befindliche Prüfung betreffend Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen über die Mondscheingasse hinaus auch den Bereich des Stadtparks miteinzubeziehen.

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Andrea! Auch unsere Fraktion sieht die

Problematik heute und hier nicht zum ersten Mal, sondern gerade wir sind ja immer wieder auch Vorreiter in Fragen der Sicherheit von mehr Exekutivbeamten, von mehr Präsenz auf Straßen, von der hoffentlich bald zu erfolgenden Installierung eines Ordnungsamtes. Wir sehen auch hier die Probleme, die in etwa hier im Motivenbericht angeführt sind und werden, wie gesagt, hier auch natürlich in Anbetracht dessen, dass ja gerade Vizebürgermeister Walter Ferk in dieser bekannten und schon oftmals zitierten Stadtsenatssitzung den Auftrag an den Kollegen Miedl weitergegeben, hat über die Mondscheingasse hinaus ein Konzept vorzulegen, auf welchen Plätzen, in welchen Straßenzügen Brennpunkte herrschen und wir sind ja sowieso davon ausgegangen, dass der Herr Stadtrat Miedl natürlich eh klar, das gesamt Stadtgebiet hinsichtlich dieser möglichen Brennpunkte kontrolliert. Sind an und für sich eh davon ausgegangen, dass bei dieser Prüfung auch natürlich der Jakominiplatz beziehungsweise nicht nur der Jakominiplatz, sondern auch der Stadtpark beinhaltet ist und aus diesem Grund werden wir sowohl, wie gesagt, dieser Dringlichkeit als auch dem Antrag und dem Inhalt zustimmen, geben aber schon zu bedenken und dürfen bitten, dass nicht in nächster Zeit jetzt permanent irgendwelche Prüfaufträge für jeden einzelnen Platz erfolgen und dass wir letztendlich ein Mosaik hier, nicht ein Mosaik an sinnvollen Maßnahmen vorfinden, sondern dass man hier Insellösungen vorfindet und dagegen würden wir uns wehren. Deshalb wäre es, glaube ich, dringlich an der Zeit, und vielleicht ist auch dein Antrag dazu angebracht, dass hier dieses Konzept seitens des Stadtrats Miedl endlich dem Gemeinderat vorgelegt wird, damit wir wissen, wo es Sinn macht und wo es notwendig ist, einfach hier diese Maßnahmen in Bezug auf ein Alkoholverbot einfach umzusetzen. In diesem Sinne nehmen wir selbstverständlich deinen Antrag, wie ich bereits angekündigt habe, an in der Form, dass wir Dringlichkeit und Inhalt zustimmend zur Kenntnis nehmen (*Applaus SPÖ*).

Zwischenruf GR. Schönegger: Das war so klass, wie du nicht da warst.

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: In aller gebotenen Kürze, Herr Vorsitzender, Kollegin Sickl, die Sicherheit und die Benützbarkeit, um das so floppig zu formulieren... (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Es ist uns ein Anliegen, dass in der Stadt im Prinzip ordnungsgemäß auch die öffentlichen Plätze benutzbar sind. Die Problematik für Jugendliche und Alkohol ist heute ausführlich diskutiert worden. Wir haben da mehr als Stellung bezogen. Wenn so eine Maßnahme machbar ist, das ist noch nicht klar, die A 17 prüft das. Es gibt auch rechtliche Probleme, das ist ja Neuland für uns, ein neues Gesetz, wenn es möglich und sinnvoll ist, werden wir alle Maßnahmen, die diese beiden Erfordernisse erfüllen und die im Interesse der öffentlichen Plätze gelegen ist, sehr gerne unterstützen, im Moment erfolgt diese Prüfung, erweitert um den Stadtpark. Eine Schlussbemerkung, selbstverständlich können wir nicht die ganze Stadt mit Verboten und Nichtgenehmigungen belegen. Wir müssen sehr sparsam Gebrauch machen, aber wir haben uns in der Mondscheingasse dazu bekannt, alles weitere wird die Prüfung durch die A 17 ergeben. Wir stimmen dem Antrag und dem Inhalt zu.

GRin. **Jahn**: Ja, wir werden diesen dringlichem Antrag nicht zustimmen, nicht weil das Anliegen, was du auch in dem Antrag thematisiert und über das wir uns heute auch schon unterhalten haben im Rahmen der Diskussion um den Antrag von Kollegen Hammer und den Abänderungsantrag von Kollegen Perissutti, glaube ich, war es. Wie gesagt, aus unserer Sicht und ich habe auch diesbezüglich in der letzten Gemeinderatssitzung eine Frage an den zuständigen Herrn Stadtrat Miedl gestellt, mit dem Hintergrund, dass es eben dieses Alkoholverbot in der Mondscheingasse gibt, wo er mir dann geantwortet hat, dass jetzt einmal sozusagen nachgeschaut wird, was die weiteren Hotspots in der Stadt sind und je nach dem, was sich dann herauskristallisiert, wird es dann weitere Überlegungen zu einzelnen Orten geben und er hat damals mir auch gesagt, dass der Stadtpark sowieso in dieser Maßnahme drinnen ist und dass das sowieso jetzt angeschaut wird. Das bedeutet aus unserer Sicht, dass eigentlich der Antrag in der Form für uns nicht notwendig ist, weil das ohnehin angeschaut wird, was aber nicht bedeutet, dass wir das Thema, das Komatrinken irgendwie nach unten nivellieren wollen oder nicht ernst nehmen. Das ist sicher nicht der Punkt, aber wir haben sicherlich ein bisschen einen anderen

Zugang, der mehr auf die Sozialarbeit setzt und der mehr auf die positive Motivation von Jugendlichen setzt, um sie zu einem vernünftigen Umgang mit Alkohol generell zu bringen und nicht unbedingt, dass wir den Ansatz unterstützen, mit weiteren Verboten vor allem hier zu arbeiten und deswegen, natürlich ein wichtiges Anliegen, aber wir werden trotzdem dem nicht zustimmen.

Dr. **Sickl**: Ich danke für das Vertrauen von den Parteien, die mich da unterstützen werden. Ich glaube einfach, dass ist ein Jahr für Jahr immer wiederkehrendes Problem. Die Wirtschaftsbetriebe müssen tagtäglich Blumenbeete, die sie am Vortag gesetzt haben, am nächsten Tag wieder setzen und es ist ja jetzt nicht ein Auswuchs des Komatrinkens oder sonst was, sondern es ist allgemeines Problem. Das Problem geht dann auch weiter, dass diese Menschen oder viele einfach dann wieder ins Uni-Viertel gehen, wo wir dann wieder die Lärmbelästigung haben. Also es ist ja wirklich ein großflächiges Problem. Die Grünen können halt nicht mit, weil es halt von der FPÖ kommt, sie wollen uns immer ausschließen, also das ist wieder ein Zeichen, aber das ist mir egal. Mir geht es darum, dass da etwas weitergeht, dass in der Sache gearbeitet wird und dass dieser Ansatz einmal verfolgt wird. Also einmal danke und wir werden uns sicher zur gegebener Zeit diesbezüglich wieder besprechen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.